

Arbeiter-Zeitung



Vertrieb des Wahlrechts
Kommunistischer Partei
Vertrieb des Wahlrechts
Kommunistischer Partei

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzb. Str. 29, Tel. 260 89
Verwaltungsbüro: Breslau 544, Rebafl. Str. 10, Tel. 259 02
Sprechst. der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr
Vertriebsbüro: Breslau 28, Tel. 4088; Oppeln, Adolfsstr. 11, Tel. 2364
Vertrieb: Postamt 5, Telefon 2384, Geschäftszeit: von 8-19 Uhr
Vertrieb: am Hauptverlagssort Breslau. — Verlag: Schles. Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Deubog“-Druckerei, Breslau, Kreuzb. Str. 60

Aus dem Breslauer sozialdemokratischen Sumpf Schlägerei um SPD.-Mandate! Wüste Tumulte in der gestrigen Vertreterversammlung

Breslau, 9. Oktober.

In der Breslauer SPD. stinkt es seit Jahren. Bereits bei der Kandidatenauflistung zu den Wahlen im Mai vorigen Jahres kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschafts-angestellten und den Parteimitgliedern. Die Wozzen kämpften um Mandate und Stadtratsstellen. Der „linke“ Parteivorstand stellte eine Liste auf, in der ein Teil der Wozzen nicht mehr berücksichtigt wurde. Nach wochenlangem stürmischen Auseinandersetzen wurde schließlich ein Kompromiß geschlossen, ein Teil der Wozzen wurde wieder aufgestellt. Doch der Streit ruhte nur kurze Zeit. Als es Anfang dieses Jahres einen neuen Stadtratswahl mit 20 000 Markt Jahresgehalt zu erobern galt, begann aufs neue der Kampf um die Futterrippe. Und als schließlich der „linke“ Schramm als Stadtrat gewählt wurde, lagte die Wozzen keine Grenzen. Neun Mann an der Zahl, ließen sie in einer gemeinsamen Erklärung ihre Wemter nieder, brä. lerten die Vertreterversammlung, die mit Mehrheit die Aufstellung Schramms beschloßen hatte, und lieferten den Bürgerlichen den willkommenen Vorwand und das Stichwort zur Hege gegen Schramm. Nach wenigen Wochen Amtstätigkeit entpuppelte sich der „linke“ Stadtrat angeht die Lohnforderungen der Gemeindegewerkschaften als genau so arbeiterfeindlich wie seine rechten Amtskollegen. Es war föhlich, zu beobachten, wie die rechten und „linken“ Arbeitervertreter sich gegenseitig Arbeiterfeindlichkeit vorwarfen. Dabei ging es natürlich nicht um politische Grundsätze. Rechte und „linke“ SPD.-Führer sind wie anderwärts so auch in Breslau auf einer solchen Stufe der politischen Verhumpung angelangt, daß die sogenannten Richtungskämpfe Cliqueukämpfe um Futterrippen geworden sind. Wir berichteten vor einigen Tagen über den stürmischen Verlauf der Funktionärsversammlung der Sozialdemokratischen Partei, die sich mit der Aufstellung der Kandidatenliste befaßte. Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine Vertreterversammlung statt, die endgültig zu der Kandidatenliste Stellung nahm. Ueber diese Versammlung, in der sich die Kämpfe um die Mandate zu wüsten Schlägereien steigerte, erhalten wir nachstehenden Bericht:

Schließlich sprach auch der „linke“ Stadtrat Schramm. Er erklärte, es sei eine Gemeinheit, daß sich die Gewerkschaftsangestellten so um die Liste reihen.

Wierisch sei ein großer Lügner.
(Stimme des Vorsitzenden Edstein.) Schramm fortfahrend: Was gibt's für einen parlamentarischen Ausbruch für das Verhalten Wierisch's? Zurufe: Schwindel. Schramm: Also sagen wir Schwindel. Parteisekretär Krumm: Was Schramm gelagt hat, ist wahr. Wierisch's Verhalten ist eine Gemeinheit. Den Rücktritt der neun rechten Stadtratsmitglieder habe er erst von den Bürgerlichen erfahren. Das sei ein Beweis, daß diese „Genossen“ Verbindungen mit den Bürgerlichen hätten.

Es wird nun eine Reihe von Anträgen auf Schluß der Debatte gestellt. Weise, der mit Absicht der Diskussion aus dem Wege gegangen ist, meldet sich nur zu einer „persönlichen Bemerkung“, in der er erklärt, daß die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder Kneiff und Kirstein das in der „Arbeiter-Zeitung“ gegen ihn veröffentlichte Material von einem ausgeschlossenen Bauarbeiter haben. (Zuruf: Um das sagen zu können, habt ihr uns so ausgeschlossen.) Auch Kuhn ergreift das Wort zu einer persönlichen Bemerkung und behauptet, es werde Kneiff und Kirstein nicht gelingen, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für die Anschuldigungen ihres Ausschlußantrages gegen Weise zu erbringen.

Zuruf von der Galerie:
„Es ist wahr, daß Ihr an Gelagen mit Unternehmern teilgenommen habt. Du, Kuhn, hast selbst noch zwei Koteletts drauf gefressen!“

Kuhn erklärt dann noch, daß gegen einen ausgeschlossenen Bauarbeiter (Mitglied der SPD.) ein Meineidsverfahren beantragt worden sei. (Seine Genossen! Die Red.) Auch Kirstein spricht noch einmal:

„Wenn Kuhn erklärt, der Wahrheitsbeweis werde nicht gelingen, so behauptet er (Kirstein), er ist bereits gelungen, denn die Kläger Kuhn und Zünsche haben ihn und Kneiff bereits einen Vergleichsvorschlag gemacht, in dem selbst das Angebot machten, die Gerichtskosten zu übernehmen. Das sei das Eingeständnis der Schuld.“ Hier bricht ein ungeheurer Tumult los. Kuhn ruft in den Saal: „Ihr gemeine Bande!“ Im nächsten Augenblick ist die Vertreterversammlung vollkommen aufgelöst. In ungeheurer Erregung stürmen die Arbeiter auf Kuhn zu, den man ins Gesicht schlägt. Weise rückt aus dem Saal aus, ein Teil der Wozzen schießt mit ihm. Mindestens eine Viertelstunde tobt und schreit alles durcheinander.

Man stürzt auf die noch im Saal verbliebenen Gewerkschaftswozzen los, die bleich und zitternd auf ihren Stühlen sitzen und einen Hagel von Schimpfworten über sich ergehen lassen müssen. An der einzelnen Tischchen beginnen zwischen Anhängern des Parteivorstandes und solchen der Gewerkschaftswozzen handgreifliche Auseinandersetzungen. Auch Ruffert fliegt aus dem Saal. Vergeblich bemüht sich Edstein, Ruhe zu schaffen. Verzweifelt schwingt er die Glode, doch der Tumult wird eher noch größer. Nach langer Zeit kann Edstein wenigstens einige Worte sagen. Er erklärt, der Tumult sei von den Rechten provoziert worden, um die Versammlung aufzulösen zu lassen. Die Versammlung sei eine Schande in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen. Die Kommunisten werden selbstverständlich darüber berichten.

Nachdem langsam etwas Ruhe eingetreten ist, werden die einzelnen Anträge behandelt. Soweit sie das Hinausnehmen von Gewerkschaftswozzen auf die Stadtratskandidatenliste betreffen, werden sie gegen 15 Stimmen abgelehnt. An Stelle Garboj wird an 83. Stelle (!) der Bauarbeiter Gorenzi aufgestellt. Ein Antrag für Ziegler Karl Pletsch-an die Spitze der Provinziallandtagsliste zu stellen, wird abgelehnt. Der dritte Punkt der Tagesordnung — Ortsstatut — wird unter großer Unruhe behandelt. Man hört Klar, der die Änderungsanträge der Rechten begründet, überhaupt nicht an. Wie ein Hohn wirkt es dann, als die von solchen ungeheuren Tumulten begleitete Versammlung mit einem Hoch auf die „einige völkervereinernde“ Sozialdemokratie geschlossen wird.

Mit den Schlägereien in der Versammlung sind die Auseinandersetzungen unter den „einigen“ Sozialdemokraten noch nicht beendet. Im Restaurant des Gewerkschaftshauses kommt es zu einer neuen Schlägerei.

Die Partei marschieret

In der ersten Woche des Monats Oktober wurden im Bezirk 30 Neuaufnahmen gemacht und zwei neue Ortsgruppen gegründet. Genossen! Heran an die Arbeit! Nutzt die Wahlkampagne zu einer gesteigerten Werbung für Partei und Presse! Jeder Genosse, jede Genossin wirkt einen Leser für die „Arbeiter-Zeitung“ und ein Mitglied für die Partei, das ist das Ziel der Kommunalwahlkampagne!

Ein „Genossin“ verlegt der Holzarbeiter Sommer die Fäße, während der Baugewerksbundangehörige Schnabel dem sozialdemokratischen Bauarbeiter Kolander vorwirft, ein Schlafhjelmspiel zu sein. „Es sei eine Gemeinheit, daß wir einen Parteivorstand haben, der solche Leute duldet.“ schreit Schnabel.

Bei den Cliquerämpfen sind die Wierisch, Ruffert und Konforten geschlagen worden. Ob sie ihre Drohungen vom vorigen Jahre wahr machen und eine eigene Liste aufstellen werden, bleibt abzuwarten. Tatsache ist jedenfalls, daß sie bereits 1928 Fühlung mit der Alisozialistischen Partei gesucht haben. Nachdem die Liste nun endgültig aufgestellt ist, wird die „Volkswacht“ stolz verkünden, daß zwar bei der Aufstellung der Kandidaten die Meinungen auseinanderplatzten, die Partei aber nunmehr „einig und geschlossen in den Wahlkampf zieht“. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich nicht wieder einlassen lassen. Sie würden einen verhängnisvollen Fehler begehen, wenn sie nunmehr glauben würden, sie hätten gesiegt. Es geht nicht darum, welche Clique ins Stadtparlament einzieht, es geht darum, welche Politik die aufgestellten Kandidaten betreiben. Und da fragen wir die sozialdemokratischen Arbeiter:

Haben 17 Monate „linker“ sozialdemokratischer Rathauspolitik nicht bewiesen, daß die Edstein und Konforten genau so arbeiterfeindlich sind, wie die Rechten?

Wer bewilligte die Mittel für Verstärkung des Religionsunterrichtes? Wer stimmte für Erhöhung der Grundvermögenssteuer und verteuerte den Arbeitern die Miete? Wer hatte nur höh'nisches Gelächter, als die Kommunisten den schamlosen Arbeitermord am 1. Mai in Berlin anprangerten? Wer bewilligte viele Hunderttausend Mark für die „Buwu“? Wer machte den Sozialfaschisten Masche zum Bürgermeister? Wer verzichtete von vornherein auf eine Ausnutzung der Mehrheit von Kommunisten, Mietern und Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiterklasse und ging durch die dunn mit Deutschen, Zentrum und Selbstdemokraten? Es waren die Edstein und Genossen.

Wenn Kirstein, Weise korrupt nennt, hat er recht. Doch Wierisch, der gerissenste aller Arbeiterbetrüger, spricht auch die Wahrheit, wenn er Schramm's Verhalten bei der Lohnbewegung der Gemeindegewerkschaft als arbeiterfeindlich feststellt. Es hängt der Rabbi Edstein nicht minder wie der Mönch Ruffert, und Schramm ist nicht besser, wie der Margarinepropagandist, der Stadtrat Landsberg. Ein ungeheurer Sumpf ist die gesamte sozialdemokratische Führung linker und rechter Couleur. Das hat die gestrige Vertreterversammlung allen Arbeitern gezeigt, die hören wollen. Der Skandal in der Breslauer SPD., der Streit um die Futterrippe, ist kein zufälliges Ereignis. Er muß im Zusammenhang mit der Gesamtspolitik der Sozialdemokratischen Partei betrachtet werden. Versippt mit dem kapitalistischen Staatsapparat, versippt und versippt mit der Magistratsbürokratie ist die sozialdemokratische Partei die stärkste Stütze des Kapitalismus und die Schrittmacherin des Faschismus.

Stebighn Monate Koalitionspolitik im Reich und in Preußen und in zahlreichen Einzelstaaten zeigen, wohin der Weg der Sozialdemokratischen Partei geht. Die blühige Niedererschlagung der Arbeiter am 1. Mai, Verbot des NSD., Verbannungsgesetz, Ausschließung Hunderttausender Arbeitsloser an den Hunger durch Annahme des Schandgesetzes, Abbau der Sozialpolitik, Bewilligung aller Mittel für die Vorbereitung des kommenden imperialistischen Krieges. Diese Schandthaten haben die „linken“ sozialdemokratischen Führer gedeckt. Sie haben geschwiegen zum Verbot des NSD., zum Arbeitermord am 1. Mai in Berlin, zum Kontowat und jetzt zum Verbannungsgesetz. Sie sind nicht ein Haar besser als die Ruffert

Die gestrige Vertreterversammlung der Breslauer Sozialdemokratischen Partei, die endgültig zu der Stadtratskandidatenliste Stellung nehmen sollte, verlief unter schwersten Tumulten. Sie war von knapp 400 Vertretern besucht; ein beträchtlicher Teil der Vertreter war der Versammlung ferngeblieben.

Nachdem Edstein eröffnete hatte, begründete Krumm die in der Funktionärskonferenz aufgestellte Liste. Den Vorstoß gegen sie leitete der Angestellte Klar ein, der verlangte, daß 14 „Linke“, zumeist Arbeiter, gestrichen und durch „Gewerkschaftskandidaten“ — also Wozzen — vom Schläge Weise, Voigt, Ruffert ersetzt werden sollten. Dann sprach der berühmte Oberbözner Wierisch, der hniß erklärte, wenn es nach ihm ginge, käme von der geplanten Parteivorstandliste niemand in Frage. Er prophezeite, daß, wenn die Gewerkschaftsliste nicht durchkamme, Uneinigkeit herrschen und ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler sich der Stimme enthalten würde. Er polemisierte gleichzeitig heftig gegen Schramm, dessen Verhalten in der Gemeindegewerkschaft-Lohnbewegung gemein gewesen sei.

Schramm habe verlangt, die Gewerkschaftsvertreter sollten erst einmal die Notwendigkeit der Lohnhöhng begründen, obwohl hoch Schramm wissen müßte, wie groß die Not und das Elend sei.

Aneiff warf Wierisch vor, daß die angebliche Gewerkschaftsliste eine Liste der Angestellten sei, wegen der man die Arbeiter überhaupt nicht fragt habe. Eine sehr scharfe Attade ritt der Handelsarbeiter Stadtratskandidat Kirstein. Er fragte, ob man wirklich glaube, daß man mit einer Liste Weise, Voigt fügen könne,

wo doch die „Arbeiter-Zeitung“ nicht mit Unrecht festgestellt habe, daß Voigt in die Ruffert'sche Unterschlagungsaffäre verwickelt ist. Weise schleppe Parteigenossen vor das bürgerliche Gericht, vor dem nachgewiesen werde, daß er gegen die Interessen des Baugewerksbundes und der Partei gearbeitet habe. Ein gewisser Kirchner meinte unter dem Gelächter der Versammlung, daß, wenn Voigt und Ruffert nicht aufgestellt würden, es bei der Wahl ein schlimmes Fiasko gäbe.

und Konjunktur... keine Stimme am 17. November der Vize der SPD...

Chauvinistische Provokation im Doppelner Theaterprozess

Czuppa, 8. Oktober. Der Prozess wegen der Doppelner Vorfälle erhält einen sensationellen Anstrich...

gemeint ist anscheinend eine polnische Schauspielerin... fliegt der Gerichtsaal in die Luft...

Seberings Bundesgenossen

Die Korrespondenz der Reichlichen Volkspartei begründet das von Severing eingebrachte Republikstimmgesetz mit folgenden Worten...

Im Zeichen des kommenden Antikommunistengesetzes

Der Polizeikommissar Hanke von der Polizeiverwaltung Wien (Westteil) verlangt von der politischen Leitung der SPD...

Ein für Sonntagmorgen vorgesehener Werbeumzug der Arbeiterwehr in Gesellschaft ist auf Grund des § 172 des Reichsgesetzes...

Setzung für „Bersekung“

Leipzig, 7. Oktober. Freitag und Sonnabend voriger Woche fand vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein „Bersekungsprozess“...

Die Anklage ist auf Grund des § 7 des alten Republikstimmgesetzes erhoben worden, weil angeblich von Wolsch an einige Reichswehrsoldaten in Rüstern die Schrift „Man liebt den Verrat und verachtet den Verräter“ verteilt worden sei...

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Genosse Alexander, brachte Zeugen dafür, daß Genosse Wolsch zu der Zeit, während der die Tat begangen worden sein soll, sich gar nicht am Tatort aufgehalten haben kann...

Duesterberg als Moskauer SPD-Korrespondent

Vor kurzem veröffentlichte der „Linis“-sozialdemokratische „Volksbote“ in Leipzig und die deutschnationale „Hallische Zeitung“ am gleichen Tage einen Leitartikel...

einer deutschnationalen Korrespondenz stammt. Am vergangenen Freitag erschien die neueste Nummer der sozialdemokratischen Betriebszeitung für das Leuna-Werk...

Die Leuna-Arbeiter werden auf diese sozialfaschistischen Schamloshheiten antworten, indem sie einen Delegierten wählen und nach der Sowjetunion schicken...

Verhaftung betrügerischer Geldleute in Belgien

III. Brüssel, 7. Oktober. Drei Geldleute, die Gebrüder Mombel, sind hier verhaftet worden. Ihre Firma vertrieb Kellameleuchtschalen...

Kabul von den Truppen Nadir Schans eingeschlossen

III. Romno, 9. Oktober. Wie aus Moskau gemeldet wird, teil die russische Telegraphen-Union mit, daß die heftigen Kämpfe vor Kabul weiter fortgesetzt werden...

Vom Tage

Der Skarel-Skandal nimmt immer weiteren Umfang an. Die „Rote Fahne“ legt ihre Enthüllungen fort...

In Wien wurde gestern der Sozialdemokratische Parteitag eröffnet.

Wegen des Inka-Urteils haben die beiden slowakischen Minister Dr. Labaj und Dr. Tiso ihre Demissionen eingereicht.

Der Zeppelinflug nach Schlesien ist wieder einmal um 24 Stunden verschoben worden.

Amsterdamer Ford-Propaganda

Der amerikanische Millionär F. L. Ford hat seinerzeit dem Internationalen Arbeitsamt 25 000 Dollar zur Verfügung gestellt für eine auf Anregung Nordis zu veranstaltende Erhebung über die Kaufkraft der Löhne...

Hinrichtung von 21 Offizieren in Manlung

III. Tokio, 7. Oktober. Die japanische Telegraphenagentur „Nippon-Dempa“ teilt mit, daß am 6. Oktober, um 11 Uhr morgens, in Manlung 21 Offiziere, die dem Stabe Marshall Tschangtaischels angehörten, hingerichtet wurden...

Der Schmutz des französischen Botschafters gefunden

III. Berlin, 8. Oktober. Zu dem Juweliendiebstahl in der französischen Botschaft wird mitgeteilt, daß die gesamten Schmuckgegenstände auf dem Boden einer Treppe im Botschaftsgebäude gefunden wurden...

Ein ganzes Dorf niedergebrannt. III. Prag, 9. Oktober. Die Gemeinde Opatowitz bei Sillein ist am Dienstagmittag bis auf zwei Häuser völlig niedergebrannt...

Die Typhuserkrankungen in Saarbrücken. III. Saarbrücken, 8. Oktober. Die Zahl der Typhuserkrankungen im Stadtbezirk Saarbrücken ist auf 43 gestiegen...

Vom 27. Oktober bis zum 10. November Großwerbekampagne für die Arbeiter-Zeitung

ANNA IVAN OLBRACHT Das Mädchen vom Lande DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Sie drängte sich näher an ihn. Bei der nächsten Ede stiegen sie unerwartet auf den jungen Jandal. Er blieb vor ihnen stehen, als ob er erschrocken wäre...

Er wollte weinen, nichts als weinen. Neben ihm stand Anna, den Blick mitleidig auf ihn geheftet. „Komm und erzähl“, sagte Toni hart. Sie gingen...

Und er lief schon die Schienen entlang, um die Haltestelle gleichzeitig mit der Straßenbahn zu erreichen, die bereits neben ihm hüllerte. Er sprang auf. Anna! Kerekes Sandor! Die Gedanken eilten ihm durch den Kopf...

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Oberösterreich Gerhard Schulz, Gleitsitz, für den gesamten übrigen Inhalt Alfred Lehmann, Bregenz

Das Zentrum gegen die Erwerbslosen

Worte und Taten

Nachstehend veröffentlichen wir einen Artikel des ober-schlesischen Reichstagsabgeordneten und Mitglieds des Sozial-politischen Ausschusses, Genossen Anton Jabasch, der unteren Genossen bei der Kommunalwahl und der Agitation unter den katholischen Arbeitern gute Dienste leisten wird.

Jedermann weiß, daß das Zentrum allen von Wiffell vor-geschlagenen Gesetzesänderungen, die auf einen direkten und indirekten Unterstützungsabbau für die Erwerbslosen hinauslaufen, zugestimmt hat. Die Zentrumsparlei glaubt sich nun vor den Arbeitern ver-anworten zu können mit dem Hinweis, daß auch die Sozial-demokraten all diesen Verschlechterungen zugestimmt haben, und daß es ja lediglich nur um die Beseitigung von „Mißständen“ ginge. Es stimmt allerdings, daß ohne die Vorschläge des sozialdemokratischen Ministers Wiffell und ohne das Einverständnis zum Unterstützungs-raub durch die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Zentrumsfraktion keine genügende Rückendeckung gefunden hätten. Darum ist es notwendig, die besondere Haltung des Zentrums beim Unterstützungsabbau zu schildern.

Getreu dem sozialdemokratischen Vorbild ließen die christlichen Gewerkschaftsführer bereits vor Monaten in den Versammlungen der christlichen Gewerkschaften Resolutionen annehmen, mit der Forde-rung an die Regierung, keinerlei Unterstützungsabbau vorzunehmen zu wagen. Zu gleicher Zeit aber stimmten die im Sachverständigen-ausschuß sitzenden Zentrumsmitglieder auf Grund der Forderungen des Großkapitals dem vorgeschlagenen verwaltungsmäßigen und direkten Unterstützungsabbau zu. Ja, noch mehr, bei den Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuß, dem das Sachverständigengutachten zugrunde lag, erklärte der Zentrumsabgeordnete Rießner, daß seiner Fraktion der vorgeschlagene Abbau noch nicht weit genug gehe und brachte darum einen eigenen Antrag ein, der einen allgemeinen, unverschämten Abbau der Unterstützungssätze für alle unterstützten Erwerbslosen bringen sollte. Also, dem Zentrum genügte noch nicht der Unterstützungsraub an den Saisonarbeitern, die Verlängerung der Sperrstrafen, die Verlängerung der Wartezeit, die Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützungssätze, der Herauswurf Hundert-tausender aus der Erwerbslosenversicherung durch die neue Formu-lierung des Begriffes „Erwerbsloser“, durch den verwaltungsmäßigen Herauswurf Zehntausender Heimarbeiter und unständig Beschäftigter aus der Versicherung. Dem Zentrum genügte auch nicht die von Wiffell geforderte weitere Belastung der Krankenkassen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung, es genügte auch nicht der Unter-stützungsabbau durch die Bestimmung, daß bei auswärts Beschäftigten lediglich die Unterstützungshöhe des Wohnortes gezahlt werde. Das Ziel des Zentrums bei den Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuß war der ungeheuerliche Unterstützungsabbau, wie ihn der Antrag Rießner vorsah. Der Antrag Rießner (eingebracht am 5. September 1929) hatte folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitslosenunterstützung für die Versicherten mit einer Anwartschaft bis zu 52 Wochen nach § 106a Abs. 3 wird in der

- Lohnklasse VII nach Lohnklasse VI.
- Lohnklasse VIII nach Lohnklasse VII.
- Lohnklasse IX nach Lohnklasse VII.
- Lohnklasse X nach Lohnklasse VIII.
- Lohnklasse XI nach Lohnklasse VIII.

und mit der von Wiffell vorgeschlagenen Beitragserhöhung um 1/2 Prozent, durch die die Arbeiterschaft um 75 Millionen Mark neu-belastet werden sollte, erklärten sich die Zentrumsabgeordneten einverstanden.

Das Zentrum konnte das Ziel, den allgemeinen direkten Unter-stützungsabbau, noch nicht erreichen. Die Verhandlungen des Sozial-politischen Ausschusses fanden unter dem dauernden Druck der Erwerbslosen und des von den Kommunisten geführten Abwehr-kampfes der Arbeiterschaft. In wochenlangen Märschen der Koalitionsparteien kühnhandelten die Parteien schließlich um die eine Frage, wie hoch darf der Unterstützungsabbau im gegenwärtigen Moment sein. Die Folge war, daß außer dem direkten Unterstützungs-abbau bei den Saisonarbeitern einseitigen alle Paragraphen des Wiffell-Vorschlages, die den indirekten Unterstützungsabbau vorsehen, von allen Regierungsparteien angenommen wurden. Dabei ist zu bemerken, daß auch die Deutschnationalen mit den Formen des indirekten Unterstützungsabbaues einverstanden waren und dafür stimmten. So wurde mit den Stimmen der Zentrumsabgeordneten beschlossen:

1. die Unterstützungsberabstimmung bei den Saisonarbeitern,
2. die Verlängerung der Wartezeit bei Lebigen auf drei Wochen,
3. die Verlängerung der Anwartschaft bei erstmaliger Arbeits-lolosigkeit auf 52 Wochen,
4. der Unterstützungsabbau bei auswärts Beschäftigten auf die Unterstützungssätze ihrer Wohnorte,
5. die Neuformulierung des Begriffes „Erwerbsloser“, wodurch der Willkür der Arbeitsämter beim Herauswurf der Erwerbs-losten aus der Versicherung keinerlei Grenzen mehr gesetzt wird,
6. die Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützungssätze,
7. die Neubelastung der Krankenkassen und damit der Leistungs-abbau für die Kranken,
8. die Verlängerung der Sperrfrist bis auf acht Wochen, oder bei weiterer Verlängerung bis zu sechs Monaten,
9. der Herauswurf der Heimarbeiter aus der Versicherung durch Beschlüsse des Verwaltungsrats der Reichsanstalt.

Zu diesen unverschämten Abbaumaßnahmen erklärte der Zentrumsabgeordnete Dr. Perltius in der Reichstagsitzung vom 30. September 1929:

„Die Zentrumsfraktion begrüßt den ersten Gesetzentwurf, der dauernde Reformen in der Arbeitslosenversicherung bringen soll.“

In der gleichen Erklärung fügt derselbe Dr. Perltius scharf-mäckerisch hinzu:

„Es wird in erster Linie Aufgabe der Selbstverwaltung sein, dem Gesetz eine solche Ausführung zu geben, daß dem Grund-gedanken einer Arbeitslosenversicherung entgegenstehende Miß-stände beseitigt werden. Mehr als bisher müssen die strittigen Fragen der Arbeitslosenversicherung von der Selbstverwaltung gelöst werden, um sie aus dem politischen Logestreit heraus-zunehmen.“

Das Zentrum appelliert also jetzt schon an die Arbeitsämter, die neugeschaffenen Paragraphen, die den Arbeitsämtern die Möglichkeit

geben, Hunderttausende aus der Versicherung auszuschließen, auch voll in Anwendung zu bringen.

Aber der verwaltungsmäßige Abbau genügt bekanntlich dem Zentrum noch nicht. In der Schlussabstimmung zu Wiffells Abbau-gesetz am 2. Oktober 1929 gab daher der Zentrumsabgeordnete Rießner eine Erklärung ab, deren erster Satz lautet:

„Die Zentrumsfraktion erkennt an, daß durch die Vorlage das Ziel der Sanierung nicht vollkommen erreicht worden ist.“

Diese Erklärung zeigt, daß dem Zentrum der jetzt vorgenommene Unterstützungsabbau noch bei weitem nicht genügt, und daß es bald im Sinne der Schwerindustrie erneut gegen die Erwerbslosen vor-stoßen wird. Nur die Angst vor den Kommunalwahlen hinderte das Zentrum, den Unterstützungsabbauantrag Rießner-Teusch im Plenum des Reichstages zur Abstimmung zu stellen.

Die christlichen Arbeiter müssen aus dem Verhalten der Zentrumsfraktion erkennen, welches Spiel mit ihren Interessen getrieben wird.

Die noblen Sklarets und ihre Freunde

Belanntlich wurde von den verhafteten Gebrütern Sklarek eine Liste geführt über die Berliner Stadtverordneten, die von den Sklarets 400-Mark-Anzüge für 80 Mark erhalten hatten. Diese Liste soll sich jetzt in den Händen des Staatsanwalts befinden.

Es gibt aber noch eine Liste, so schreibt der Montag-Morgen, die sich in den Akten eines Prozesses, den einige Anwohner einer „vornehmen“ Westend-Sträße gegen ein Restaurant wegen Lärm-machens angestrengt hatten, befindet. In diesem Lokal ging es nach Meinung der „vornehmen“ Westend-Leute abends lärmend zu, und sie verklagten den Wirt. Dieser reichte nun bei Gericht eine Liste ein, um nachzuweisen, daß die Angabe seiner Prozeßgegner, daß sein Lokal ein „mindernwertiges“ sei, nicht stimmt. Vielmehr vertehrten bei ihm nur prominente Persönlichkeiten. U. a. gehören zu den regel-mäßigen Besuchern:

- Herr Stadtamtsvorsteher Jonas,
- Herr Stadtbauinspektor Schröder,
- Herr Reichstagsabgeordneter Bruhn,
- Herr Bürgermeister Schneider,
- Herr Leo Sklarek,
- Herr Willi Sklarek,
- Herr Max Sklarek.

Die Brüder Sklarek waren gegen ihre Freunde immer nobel und gaben dem Wirt noch eine besondere Ehrenerklärung, in der es heißt: Die Gäste dieses Hauses sind ausersucht gutes Publikum und gehören zu den soliden Bewohnern des alten Westend.

Immerhin ist es interessant, daß es ein Lokal gab, in dem die leitenden Herren der Stadtamt sich gemeinsam mit ihren größten Gläubigern und deren besten Freunden aus der Deutschnationalen und Sozialdemokratischen Partei von den Mühen ihres Amtes erholten.

Gebrüder Sklarek, die Besitzer eines großen Rennstalles, Schieber en gros und eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, hatten auch zur Berliner Staatsanwaltschaft gute Be-ziehungen. Staatsanwaltschaftsrat Wakhund war ihr spezieller Freund und Berater. Als Wakhund sich verheiratete, gab er am Tage vorher seinen Freunden im Hotel Wilson ein fulminantes Abschiedsessen, bei dem der Sekt in Strömen floß. Die Gebrüder Sklarek besahnten großmütig das Essen. Nach der Anwesenheit durch die „Rote Fahne“ erklärte der staatsanwaltschaftliche Wusensfreund der Sklarets, er habe später diesen die Summe zurückerstattet.

Reformistische Spalter rufen nach der Klassenjustiz

Die durch jahre Arbeit in den letzten Jahren von den oppositionellen Textilarbeitern wieder aufgebaute Ortsgruppe Limbach des DDB war durch ihre konsequente Stellungnahme gegen den wirtschafts-demokratischen Schwindel, die verbrecherische Lohn- und Tarifpolitik der Beamten des Deutschen Textilarbeiterverbandes, durch deren Schuld der Lohn eines gelernten Textilarbeiters 33 Pfennig pro Stunde unter dem Reichsdurchschnittslohn eines gelernten Arbeiters in Deutschland liegt, schon lange ein Dorn im Auge. Auch in dieser Ortsverwaltung wollten die Reformisten, wie in so vielen anderen

Eine Riesenflut

von Druckchriften werden die bürgerlichen Parteien und die Sozial-schaften auf die Werktätigen ausschütten. Sie werden unzählige Versammlungen veranstalten.

Was werden sie den Arbeitern sagen?

Daß die kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungs-wirtschaft im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufrecht erhalten bleiben müsse. Sie werden maßlos gegen die kommunistische Partei heßen, weil diese den Arbeitern täglich und stündlich ihre elende Lage vor Augen führt und ihnen den Weg zeigt, der aus dem Elend herausführt. Sie werden eine schamlose Lügenbeße gegen die Sowjetunion betreiben.

Wollt ihr dabei ruhig bleiben?

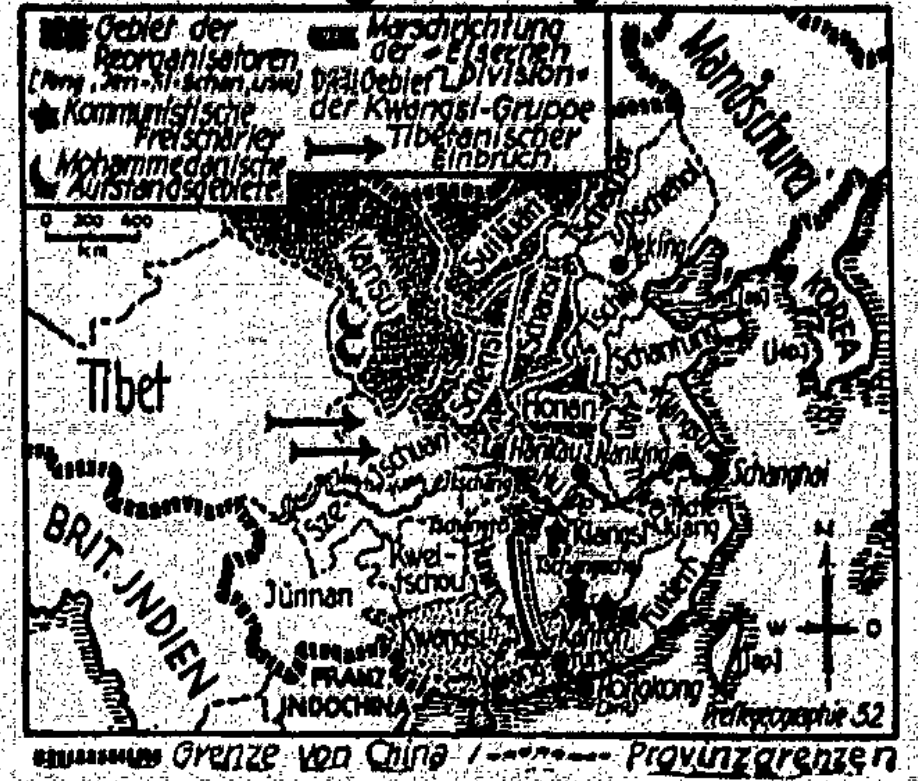
Ihr müßt alles tun, um während des Wahlkampfes die Wert-tätigen mobil zu machen. Der Wahlkampf muß die Alarmierung der breitesten Massen zum Kampfe sein. Aber womit Flugblätter, Plakate, Zeitungen usw. bezahlen?

Wir müssen einen Wahlfonds schaffen!

Der uns gestattet, die Pläne der Feinde der Arbeiterklasse zunichte zu machen. Die Schaffung des Wahlfonds, die Sammlung in jedem Betrieb, in jedem Häuserblock ist eine wichtige politische Arbeit, ist ein Teil der Massenmobilisation.

Beschließt in jedem Betrieb, bei jeder Lohnzahlung, Beiträge an den Wahlfonds abzuführen! Sammelt in den Häusern! Reicht die Wahlfondslisten herum. Verkauft Wahlfondsmarken!

Neuer Bürgerkrieg in China



Filialen des Verbandes „Ruhe und Ordnung“ schaffen. Als Anlaß dazu nahmen die Jünger um Feinbal eine Versammlung, in der das Mitglied des Hauptvorstandes, Schöller, die Kollegen schiff maßlos provozierte.

Er bezeichnete sich als „intimster Freund Moskés, als Spezialfreund, der bereit sei, in ähnlicher Situation dasselbe zu tun“, was der blutige Moskés 1918/19 getan hat. Die Bezeichnung „Muschund“ wurde zum Anlaß genommen, gegen zwei Kollegen das Ausschluß-verfahren einzuleiten und die kommunistische Ortsverwaltung abzusehen.

Aber die Herren haben sich in den kampfgewillten Limbacher Textilarbeitern verrecknet. Die stark besuchte Generalversammlung der Ortsgruppe Limbach beschloß, die abgesetzte Ortsverwaltung bleibt weiter auf ihrem Posten und dem Hauptvorstand werden solange die Beiträge gesperrt, bis er die diktatorischen Maßnahmen zurück-genommen und das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder anerkannt hat. Bisher sind über zwei Drittel aller Mitglieder von der opposi-tionellen Ortsverwaltung organisatorisch erfasst.

Da die Spekulationen der reformistischen Spalterclique das Gegenteil von dem gebracht hat, was sie erhofften, haben sie jetzt die bürgerliche Massenjustiz zu Hilfe gerufen. In einer einseitigen Ver-fügung ist der rechtmäßigen, von den Mitgliedern gewählten Orts-verwaltung bis zur gerichtlichen Entscheidung verboten worden, die Bezeichnung DDB, Opposition, weiterzuführen.

Aber auch die Massenjustiz wird im Falle Limbach den Bankrott der reformistischen Spalter nicht aufhalten. Die Textilarbeiter im ganzen Reich müssen durch energische Protestkundgebungen den Spezialfreunden von Moskés im Hauptvorstand des DDB, ihre ganze Verachtung in das sozialfaschistische Gesicht schleudern und diesen Burken das Spalterhandwerk legen.

Offener städtische Arbeiter begrüßen den Lohnkampf der Berliner Gemeindearbeiter

In den Betrieben des Gas- und Wasserwerkes Essen haben in den letzten Tagen Belegschaftsversammlungen stattgefunden, in denen folgende Entschließung einstimmig gefaßt wurde:

„Mit Interesse nehmen die Arbeiter des städtischen Gas- und Wasserwerkes Essen Kenntnis von den Forderungen der Berliner städtischen Arbeiter auf auferentlichte Lohnserhöhung. Sie begrüßen die von euch für den 8. Oktober geplante Massenkundgebung gegen die Verschleppung der Lohnbewegung durch die reformistischen Ge-werkschaftsführer. Auch die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasser-werke Essen haben vor einigen Wochen in Belegschaftsversammlungen eine Lohnserhöhung von 20 Pfennigen die Stunde gefordert, die aber bis heute von den Gewerkschaften nicht aufgenommen worden ist. Wir werden eurem Beispiele folgen und in unserem Kampfe um auferentlichte Lohnserhöhung nicht erschmen und mit der Gewerkschaftsopposition die gerechten Forderungen der städtischen Arbeiter durchzusetzen wissen.“

Die Berliner städtischen Arbeiter, als die Vorposten der Ge-meindearbeiter Deutschlands, rufen in diesen Tagen in den Be-trieben verstärkt. Ihre Kundgebung am 8. Oktober in Allems Fest-fällen, Gasenheide, ist ein Bedruf und gleichzeitig auch eine Mobil-machung aller Gemeindearbeiter und -angestellten Deutschlands zur Steigerung des Wirtschaftskampfes unter der Führung der resolu-tionären Gewerkschaftsopposition.

Militärische Kräftekonzentration nach dem Osten

Die Marinestation der Ostsee meldet, daß im Februar 1930 das Flottenkommando von Wilhelmshaven nach Kiel verlegt wird. Da-burch soll der bisherige Mangel abgestellt werden, daß der Sitz des Flottenkommandos von dem Hauptübungsgebiet der Seestreitkräfte, der westlichen Ostsee, räumlich getrennt ist. An Stelle des Flotten-Flaggschiffes „Schleswig-Holstein“ wird das Linienschiff „S Hannover“ Wilhelmshaven als Hauptliegeplatz erhalten.

Der deutsche Imperialismus konzentriert seine militärischen Kräfte immer mehr nach dem Osten und damit gegen die Sowje-tunion. Kiel und der Kieler Kriegshafen mit dem Nord-Ostsee-Kanal gewinnen dabei die größte Bedeutung. Der Stab der Seestreitkräfte wird nach Kiel verlegt, ebenso wie die Reichswehr im großen Maße bereits an der Ostgrenze stationiert ist. Große Kasernen-Anlagen sind dort bereits geschaffen, während vor dem Kriege der deutsche Militarismus sich nach dem Westen orientiert hatte.

Berklärt die rote Front zur Verteidigung des Vaterlandes der Werktätigen, der Sowjetunion!

Die Verlegungen der Garnisonen in Schlesien und Ost-schlesien liegen ebenfalls in der Richtung gegen die Sowjetunion.

Der Inhalt des neuen Abbaugesetzes

Tatsachen gegen sozialdemokratische Lügen — Was hat die SPD. den Arbeitslosen und damit der Gesamtarbeiterschaft geraubt?

Mit 238 gegen 155 Stimmen wurde im Reichstag vom 4. Oktober das Gesetz über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung angenommen. Die SPD. stimmte für das Gesetz, gab also den Ausschlag für den Unterstützungsausfall. Hätten die 153 sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das Gesetz gestimmt, so wäre es gefallen. Nachdem die SPD. das ungeheure Verbrechen begangen hat, bellt sie mit beifolgender Frechheit die Arbeiterschaft. Der Reichstagsabgeordnete Kuschauer behauptet in einem Artikel frech, daß das neue Gesetz keine Verschlechterungen bringe. Die gesamte SPD.-Presse, ganz gleich, ob es sich um rechte oder linke Blätter handelt, wiederholt diese Lügen in allen Tonarten.

Es wird den Sozialfaschisten nichts anheim. — Wie könnten denn solche Tatsachen abgelehnt werden, da doch die gesamte Arbeiterklasse die Folgen der Verschlechterungen selbst spüren wird? Die kommunistische Partei hat an der Spitze breiter Massen ununterbrochen gegen den Abbau gekämpft. Wäre durch diesen Kampf Nennenswertes abgewehrt worden, wir würden es mit Freuden feststellen. Aber es muß festgestellt werden, daß die Bourgeoisie mit Hilfe der SPD. das erreicht hat, was sie für ihre Zwecke brauchte. Nach Annahme des neuen Gesetzes hat die Reichsanstalt alle Handhaben, um die Arbeitslosenarmee bis aufs äußerste auszuhungern.

Wahrscheinlich wurden einige aus taktischen Gründen gestellte Anträge verschiedener Parteien abgelehnt, die Wiffell-Vorlagen wurden in einigen Punkten abgeändert und in ein Gesetz zusammengezogen. Aber all das ändert nichts an dem ungeheuren Abbau, an den tödlichen Verschlechterungen.

Das neue Gesetz liegt ja nun im Wortlaut vor, im folgenden soll sein Inhalt, d. h. die schwerwiegendsten Verschlechterungen, aufgezeigt werden.

Allgemeiner Leistungsabbau

Zunächst besteht der allgemeine Leistungsabbau in einer Verlängerung der Karenzzeit. Während bisher die Arbeitslosen eine Karenzzeit (Karenzzeit) von drei Tagen durchmachen mußten, beträgt jetzt die Karenzzeit nach dem § 110 b:

- 14 Tage bei Arbeitslosen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind,
- 7 Tage für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben oder nicht in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind sowie bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen.
- 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Die Verlängerung der Karenzzeit ist eine unerhört grausame Maßnahme. Ein junger Arbeiter unter 21 Jahren erhält so im Falle der Arbeitslosigkeit erst nach drei Wochen die erste Unterstützung, ein Familienvater, wenn er nicht vier Kinder hat, erst nach Ablauf von zwei Wochen, da ja die erste Unterstützung erst nach Ablauf der ersten Unterstüßungswoche ausbezahlt wird.

Zum allgemeinen Leistungsabbau gehört ferner die Verlängerung der Anwartschaftsdauer für viele Arbeitslose.

Bisher war die Anwartschaft erfüllt, wenn der Arbeitslose in dem letzten halben Jahre 26 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden hat. Doch konnte bei besonderen Umständen die Frist bis zu 3 Jahren verlängert werden.

Nach dem neuen Gesetz müssen alle Arbeitslosen, die sich zum ersten Male arbeitslos melden, innerhalb der letzten zwei Jahre 52 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden haben.

Der Erwerb der Anwartschaft wurde ferner dadurch erschwert, daß folgende neue Bestimmungen (§ 98a Absatz 1) geschaffen wurden:

„Für den Erwerb der Anwartschaft werden von einer Beschäftigung während der die Arbeitszeit des Arbeitnehmers nicht mehr als 24 Stunden in der Kalenderwoche betragen hat, zwei Arbeitstage für einen gerechnet.“

Die Bedingungen zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung sind also unerhört verschärft worden. Viele Arbeiter, die nur immer wieder auf kurze Zeit Beschäftigung finden, werden die Anwartschaft überhaupt nicht mehr erwerben können.

Ferner gehört zum allgemeinen Abbau die Verlängerung der Sperren.

Während im bisher angeführten Fall einer unberechtigten Arbeitsverweigerung eine Sperre bis zu vier Wochen verhängt werden konnte, kann jetzt die Sperre auf 8 Wochen ausgedehnt werden. Mehrfach verhängte Sperren werden aneinander gereiht. Durch vorübergehende Arbeitsaufnahme wird die Sperre nicht aufgehoben. Sie läuft im Falle einer erneuten Arbeitslosigkeit weiter und erfüllt erst sechs Monate nach Verhängung der Sperre. Bei der Sperre werden nur die Tage gerechnet, für die der Arbeitslose sonst Unterstützung erhalten würde. D. h. wenn er sich zur Stempelkontrolle meldet.

Schließlich gehören zum allgemeinen Leistungsabbau noch die Bestimmungen, daß die Unterstützung nicht nach den Sätzen des Arbeitsortes, sondern des Wohnortes bezahlt wird, daß die Unterstützungssätze auf Grund des Durchschnittslohnes der letzten sechs Monate errechnet werden (bisher auf Grund der letzten drei Monate).

Daß den Sozialrentnern die Renten, soweit sie 30 Mark monatlich übersteigen, anzurechnen werden.

Besonderer Leistungsabbau

Für die Saisonarbeiter bringt das neue Gesetz außerdem noch den ungeheuerlichen besonderen Leistungsabbau. Der Saisonarbeiterparagraf trägt jetzt die Ziffer 107a und lautet:

„§ 1. Während einer berufsüblichen Arbeitslosigkeit erhalten Arbeitslose aus Berufs- und Gewerbeberufen in denen eine regelmäßige wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsüblich ist, in der Lohnklasse 7 die Unterstützungssätze der Lohnklasse 6, in den Lohnklassen 8 und 9 die Unterstützungssätze der Klasse 7 und in den Lohnklassen 10 und 11 die Unterstützungssätze der Klasse 8.“

Dieser Ausnahmeparagraph gegen die Saisonarbeiter ist formell befristet bis zum 31. März 1931. Er ist aber jetzt in das Hauptgesetz eingefügt und die Koalitionsparteien haben den Willen, ihn mindestens immer wieder zu verlängern, wenn es ihnen nicht gelingt, den Saisonarbeitern jede Unterstützung überhaupt zu rauben.

Weitere Verschlechterungen

Außer diesen direkten Abbaumaßnahmen enthält das neue Gesetz eine ganze Reihe von Verschlechterungen, die in der Hand der Nachweissbürokratie dazu ausgenutzt werden können, vielen Tausenden von Erwerbslosen die Unterstützung überhaupt zu rauben.

So hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt die Vollmacht erhalten, große Kategorien von Arbeitern aus der Versicherung auszuschalten.

Durch den neuen § 75a sind Arbeiter, die sogenannte geringfügige Beschäftigung ausüben, versicherungsfrei.

Nach § 75b sind „unkündliche Beschäftigungen“ nur dann versicherungspflichtig, soweit der Verwaltungsrat der Reichsanstalt dies anordnet. Durch diesen Paragraphen können breite Schichten von Hafenarbeitern und sonstigen Transportarbeitern und andere Arbeiterkategorien, die nicht ständig bei einem bestimmten Arbeitgeber beschäftigt sind, aus der Versicherung herausgeworfen werden. Nach § 116a kann der Verwaltungsrat der Reichsanstalt Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter entweder ganz aus der Versicherung ausschalten oder sie Ausnahmbestimmungen unterwerfen.

Eine für die Arbeitslosen sehr gefährliche Bestimmung ist auch der dem § 89a angefügte Absatz 3, der lautet:

„Inhaber von Wandergewerbebetrieben sind in keinem Falle als arbeitslos anzusehen.“

Also, jeder Arbeitslose, der es in seiner Verzweiflung einmal mit dem Haulieren oder dem Stragenhandel versucht hat, den Handel aber wegen Erfolglosigkeit wieder aufgeben muß, wird keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten.

Der Begriff der Arbeitslosigkeit ist durch das neue Gesetz überhaupt neu umschrieben worden, und zwar so, daß die Nachweissbürokratie in Zukunft vollkommen nach Willkür vorgehen kann. Demnach soll als arbeitslos nur der gelten, der „nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann, oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern, von Abstammlichen oder Geschwistern den

gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt oder weiter erwerben kann.“

Mit diesen beherrschbaren Bestimmungen kann die Verwaltungs-Bürokratie nach Gutdünken schalten und walten, vor allen Dingen jedoch der Arbeitslose einer verschärften Bedürftigkeitsprüfung unterwerfen, die noch schlimmer ist als die Bedürftigkeitsprüfung, die von Annahme des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestanden hat. Vor allen Dingen wird sich der neue Paragraph mit aller Wucht gegen die arbeitslosen verheirateten Frauen richten.

Um diese Bedürftigkeitsprüfung anzuwenden, und um die Arbeitslosen einer verschärften Kontrolle zu unterwerfen, wurde durch den neuen § 15a bestimmt, daß die Dienststellen der Reichsanstalt besondere Prüfer einstellen sollen, die auch das Recht haben, „die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält.“

Schließlich wurde den Versicherten jede Rechtsgarantie durch den neuen Absatz des § 180 genommen, der lautet:

„Hat der Spruchauschuss die Entscheidung des Vorsitzenden einstimmig bestätigt, so ist die Entscheidung endgültig.“

Den Versicherten wird also das Recht der Berufung geraubt. Er ist der Willkür der Spruchauschüsse ausgeliefert, in denen die Kapitalisten und Sozialfaschisten einmütig gegen die Arbeitslosen die Entscheidungen fällen werden. Hieran kommt noch die Bestimmung, daß die Spruchkammern nicht mehr bei den Landesarbeitsämtern, sondern bei den Oberversicherungsämtern gebildet werden. Die Prüfer und der Vorsitzende der Spruchkammer müssen Vertreter bei den Oberversicherungsämtern sein.

Damit wird die Praxis der Rentenquecksilber auch gegenüber Erwerbslosen angewandt.

Nachdem diese ungeheuren Verschlechterungen Gesetz geworden sind, müssen Betriebsräte und Erwerbslose erst recht die größte Verbindung herstellen und mit verschärfter Energie gegen die Ausbeutung kämpfen. Der Kampf um ausreichende Unterstützung aller Arbeitslosen einerseits und gegen Lohnabbau andererseits ist verschärft, er geht verächtlich weiter. Die Koalition hat neue Anschläge gegen die Arbeiterschaft in Vorbereitung, die SPD. ist bereit, weitere Verbrechen zu begehen.

Alle ehrlich denkenden kampfbereiten Arbeiter schließen sich unter Führung der kommunistischen Partei zur Gegenwehr zusammen.

Was die Erwerbslosen berichten

Landeshut

Das Arbeitsamt als Kinderheim

Wiederholt ist von uns auf die unsoziale Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte in den verschiedenen Nebenstellen des Arbeitsamtes hingewiesen worden. Trotz dieser berechtigten Kritik bleibt aber alles beim alten, so daß sich der Einbruch immer mehr verstärkt, daß es zum Scheitern der Sperrungen geworden ist. Wenn es zutrifft, daß die Unternehmer zu Scheinbefragungen von Arbeitern durch das Arbeitsamt veranlaßt werden, wenn es weiter zutrifft, daß weit mehr

An den Branger!

Die schlesischen und obererschlesischen Abgeordneten der Sozialdemokratie und des Zentrums für den Herauswurf Zehntausender von Erwerbslosen aus der Versicherung

Das Ziel des Wiffellschen Vortrages zur Beseitigung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung ist bekanntlich der Herauswurf von Hunderttausenden aus dieser Versicherung. Um dieses Ziel zu erreichen, schuf Wiffell den neuen Paragraphen 89 Absatz 1, in dem der Begriff „arbeitslos“ neu definiert wird. Dieser Paragraph lautet: „Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann oder im Betrieb des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern von Abstammlichen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt miternimmt oder miterwerben kann, falls ihm dies unter Verköstigung der Ueblichkeit und seines Wohnortes zugemutet werden kann.“

Diese neue Begriffsbestimmung bedeutet eine gewaltige Verschlechterung des jetzigen Zustandes. Die kommunistische Fraktion hat demgegenüber beantragt, dem § 89 folgende Fassung zu geben:

„Arbeitslos ist, wer berufsmäßig als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch ständige Arbeit erwirbt.“

Dieser kommunistische Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Reichstagen niedergestimmt. In der namentlichen Abstimmung über den Wiffell-Antrag, durch den die Arbeitsämter die Ermächtigung erhalten, Zehntausende willkürlich aus der Versicherung herauszuwerfen, stimmten mit den Parteien der Schwerindustrie

folgende sozialdemokratische Abgeordneten der Wahlkreise Breslau, Liegnitz, Oppeln dafür: Tauschel, Buchsig, Gribig, Rehmig, Millens, Stehling, Feldmann, Wendemuth, Anzorge, Seppel. Auch die Zentrumsabgeordneten der obigen drei Wahlkreise: Brüning, Perlitins, Migka, Schrhardt, Beck, Hartwig gaben diesem Ermächtigungsparagraphen gegen die Erwerbslosen ihre Zustimmung.

All die Erwerbslosen, die in den nächsten Wochen auf Grund dieser neuen Bestimmung der Unterstützung beraubt werden, mögen sich dafür bei den Sozialdemokraten und ihren Zentrumbrüdern bedanken.

Arbeitskräfte zugewiesen werden als verlangt wurden, daß bei diesen Zusammenkünften an erster Stelle Frauen, die familiär nach auswärts schlecht abkömmlich sind, vermittelt werden, sind diese Vermittler zu reinen Sperrkommissaren geworden. Der Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt, Dr. Syrup, wirkt sich also nachteilig aus. Die Reichsanstalt spart durch die vielen Sperrungen Geld, die Arbeitgeber bekommen noch billigere Arbeitskräfte vermittelt als früher schon, die Regie, an der die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft im Verwaltungsrat der Reichsanstalt mitgearbeitet haben, klappert gegen die Arbeitslosen vorzüglich. Auch die sozialdemokratische Presse findet es in Ordnung, wenn Frauen mit kleinen Kindern nach auswärts zum Landwirt vermittelt werden. Und es sollte uns sehr müden, wenn die „Wergochi“ das Verhalten eines Arbeiters, der Witwer ist, der, da seine Tochter auch nach auswärts verpflichtet wurde, das Wiederkind auf der Stempelstelle zur Vermahlung ließ, verständlich fände. Der Arbeiterschaft aber zeigt dieser Vorgang recht deutlich die Segnungen dieses „Volksstaates“, der die Frau zum Bienenbienen zwingt und sie ihrer Verpflichtung als Mutter von pflegebedürftigen Kindern entzieht.

Hindenburg

Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt schlägt

Die Erwerbslosen können indessen verhungern

Im Dezember des Jahres 1928 stellte der Erwerbslose Max Kabath aus Hindenburg Antrag auf Erwerbslosenunterstützung. Er wurde abgelehnt und wandte sich Einspruch erhebend an den Spruchauschuss. Mitte Januar tagte derselbe, wies jedoch seinen Antrag gleichfalls zurück. Er legte nun Berufung bei der Spruchkammer des Landesarbeitsamtes ein. Im März tagte die Spruchkammer, welche seine Berufung zur grundsätzlichen Entscheidung an den Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt zu Berlin abgab. Trotz mehrfacher schriftlicher Eingaben des Kabath hat der Spruchsenat bis jetzt nicht dazu Stellung genommen und keine Entscheidung gefällt.

Drei Viertel Jahre wartet der Erwerbslose auf dieselbe und auf seine ihm gesetzlich zustehende Unterstützung. Wartet und hungert mit seiner Familie.

Wir möchten einmal den Spruchsenat anfragen, wann er aus seinem Schlaf erwachen wird oder wann die Sommerferien beendet sind. Uns ist die Haltung des Spruchsenats klar. Er will durch die lange Verschleppung der Angelegenheit den Einspruch erhebenden mit Hilfe des § 116 des ALVG. um seine Unterstützung bringen. Die Arbeitslosen haben alle Ursache, gegen diese Willkürmaßnahme anzukämpfen.

Lest

Werbt

Verbreitet

alle kommunistische Presse!

„Unabhängigkeit und Freiheit des Geistes“

Gelächter um den Zeppelin

Die alte Gaskammer, Zeppelin genannt, hat auch heute Mittwoch den Breslauer Kindern, die sich schon seit einigen Tagen regelmäßig...

Was wird bloß Nachge machen? Nun kennen bereits die Breslauer seine Rede, und jetzt kann er sie nicht los werden. Doch! Überhaupt nicht. „Garre, meine Seele, harre des Zepp...“

Um das zweite Hochhaus in Breslau

Es stellt sich: Der Wohlfahrtsminister hat den Breslauer Regierungspräsidenten angewiesen, für den geplanten Neubau des Spar-Kassengebäudes am Ring nur die Höhe zu genehmigen, welche der städtischen Bauordnung entspricht...

Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich hier offensichtlich um eine Schikane gewisser „akademischer“ Bauachleute unter Führung des Stadtbaurats Behrendt gegen den unakademischen Architekten Rump...

Sonntag erste Sprechproben

Die erste Probe des von der „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“ gegründeten Sprechchors findet Sonntag, den 13. Oktober, um 11 Uhr vormittags im Artikulationsgarten, Neue Gasse 25, statt.

Morgen Donnerstag: Allgemeine Funktionär-Sitzung

Die Funktionärsitzung von Partei, Jugendverband, Rotte Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Internationaler Bund, Antifaschistische Arbeiterbewegung und aller anderen befreundeten Organisationen von Groß-Breslau findet am Donnerstag, 20. Oktober, um 8 Uhr im „Artikulationsgarten“...

Die Stadtverordnetenfraktionsitzung

findet heute Mittwoch, 19.30 Uhr, im Lokal von Gnerlich, Ottostraße 9, statt.

Strassenunfälle. Gestern, gegen 15 Uhr, erfolgte vor dem Grundstück Kohlenstraße 12 ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftfahrzeug und einem Radfahrer.

Kindesmord? Gestern, gegen 10 Uhr, wurde in einem Klosett des Grundstückes Klosterstraße 87 die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden.

Arbeiter-Schalmehaus. Alt-Schelmig. Donnerstag fällt der Musikabend aus; dafür Sonnabend von 19—21 Uhr. Alles hat pünktlich zu erscheinen.

Gewerkschafts-Lichtspiele. Die Filme dieser Woche haben in ihrem Mittelpunkt als Thema „Die Mutter“ stehen. Der erste heißt „Der Weg einer Proletarierin“.

Mittelschlesien

Neumarkt. Neue Schadenfeuer. Dienstag früh brach im Maschinenhaus der Bau- und Möbelfabrik R. Schwaneer in Folge Kurzschluss Feuer aus, das mit großer Geschwindigkeit um sich griff.

Ohlau. Todlich verunglückt. In Jedlitz fand man einen früheren langjährigen Waldwächter erschossen auf. Beim Jagen mit seinem Jagdgewehr muß ein Schuß losgegangen sein...

Zwei bekannte deutsche Schriftsteller — Johannes B. Bacher und Egon Erwin Kisch —, die beide Mitglieder der kommunistischen Partei sind, haben unlängst ihren Austritt aus dem Redaktionssomitee...

Darob lebhafteste Diskussionen unter den Beteiligten und der Presse. Wie ein Mann erhoben sich die Feuilletonisten der bürgerlichen Zeitungen, und es ist nicht verwunderlich, daß sie sich geschlossen hinter die Haltung der „Bücherchau“ stellen.

Auf der einen Seite die geistigen Vertreter des Bürgertums einschließlich der sich radikal gebärdenden, auf der anderen die Schriftsteller, deren individuelles Schicksal, Leben und geistiges Schaffen aufs engste mit dem kämpfenden Proletariat verbunden ist.

Ihnen wird, unter anderem auch von Paul Killa in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“, vorgeworfen, daß sie „Verrat am Geiste begangen hätten“. Der radikale Schriftsteller könne nur in der tiefsten Luft der Unabhängigkeit gedeihen.

Haben diese Leute, die die Freiheit und Unabhängigkeit des Geistes predigen, unsere Zeit verstanden? Es scheint so, wenn man nicht annehmen will, daß sie, deren Marschrouten von der Bourgeoisie bestimmt wird, bewußt lügen.

Blattes voll und ganz aufgewogen. Die sich ihrer Freiheit rühmen, sind in Wirklichkeit nichts anderes als Buchhändler, die den ganzen Tag in ihrer Besse gefesselt sind, aber eine Stunde lang später gehen dürfen.

Das gilt auch für die „freien Schriftsteller“, deren Bewußtsein wie das jedes Menschen von dem gesellschaftlichen Sein geformt wird, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht.

Die proletarisch-revolutionären Schriftsteller sind auch nicht frei, da eine absolute Freiheit nicht existiert. Aber welche ein Unterschied Ihre Verbundenheit mit dem kämpfenden Proletariat hat ihnen Erkenntnis vermittelt, die die Killa und Bohlis nie begreifen werden.

Die Entlohnung der Büro-Hilfsarbeiter

Seit drei Jahren keine Lohnaufbesserung

In Breslau sind zurzeit etwa 7000 erwerbslose Angestellte vorhanden. Die Arbeitsmarktlage für diese ist noch schlechter als wie für die Arbeiter.

Gewöhnlich vergehen 1 1/2 bis 2 Jahre, bis ein erwerbsloser Angestellter Notstandsarbeit zugewiesen erhält,

da für Büro-Notstandsarbeit sehr wenig Stellen frei sind. Meist finden dabei die erwerbslosen Angestellten Unterkunft in den städtischen Büros.

Da die Entlohnung dieser Büro-Notstandsarbeiter eine sehr lässliche ist und dringend einer Neuregelung bedarf, so sah sich der Landes-Erwerbslosen-Ausschuß Schlesien veranlaßt, eine Versammlung der Breslauer Büro-Notstandsarbeiter einzuberufen.

Büro-Notstandsarbeiter eine Lohnerböhung zu fordern. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird diese Forderung mit allen Mitteln vertreten.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen auf das ungeheure Elend unter den erwerbslosen Angestellten hingewiesen.

In seinem Schlußwort behandelte Genosse Jylla zunächst verschiedene in der Diskussion gestellte Anfragen und wies dann erneut auf die den Angestellten drohenden Gefahren hin.

„Die heute versammelten Büro-Notstandsarbeiter und -arbeiterinnen stellen fest, daß ihre bisherige Entlohnung vollkommen unzureichend ist.“

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Stadtkomitee Nordost. Sämtliche Parteigenossen und Kameraden der Arbeiter-Schubwehr treffen sich Sonntag um 7.45 Uhr...

Sonstige Organisationen.

- Breslau: Lernt die Westfälische Sprache! Anfängerkurse beginnen am Dienstag, den 8. Oktober, 20 Uhr, im Schulhaus am Nonnenhof...

Der Weg einer Proletarierin

Mutter: W. Baranowskaja
MANEGE
Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf. Mit Besucherkreiskarte 50 Pf., ohne: 70 Pf. Eintritt
Donnerstag, Freitag — 5 und 8 Uhr
Gewerkschafts-Lichtspiele

Waldenburger Bergland Die Bekleidungsarbeiter gegen gewerkschaftliche Invalidenversicherung

Diese Aufgabe hat der räuberische kapitalistische Staat

Die letzte Mitgliederversammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes Filiale Waldenburg wurde hauptsächlich mit dem Tagesordnungspunkt „Stellungnahme zur Einführung der Invalidenversicherung“ ausgefüllt, wozu der Gewerkschaftler Schärtel längere Ausführungen machte. Da vom 20. bis 26. Oktober über deren Einführung in unserem Verbande Abstimmung stattfindet, so wollte er diese natürlich so schmerzhaft als möglich machen. Vor allem soll sie das Beste gegen die Fiskalisierung der Mitglieder sein.

Ein Kollege der Opposition unterzog auf Grund dieser Vorlage die heutige Einstellung der Gewerkschaften einer scharfen Kritik, wobei das Schlichtungswesen und die Taten der SPD. im Sozialpolitischen Ausschuss sowie in den Parlamenten und Ministerien genügend beleuchtet wurden. Unter anderem wurde als Willensleistung der Mitglieder folgende Resolution zur Abstimmung gestellt:

„Die Mitglieder der Filiale Waldenburg des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes lehnen nach Entgegennahme eines Referats des Kollegen Schärtel und anschließender Aussprache die Einführung der Invaliden- und Aussteuerunterstützung ab. Sie erblicken die Aufgabe unseres Verbandes nicht in der Erhöhung der Beiträge zur Einführung neuer Unterstützungszweige, sondern im Kampfe um verbesserte Arbeitsbedingungen und ausreichende Versorgung der Invaliden und der Opfer der Arbeit durch den kapitalistischen Staat. Sie fordern von unserer Organisation scharfsten Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung — für Herabsetzung der Altersgrenze, zum Bezuge der Alters- und Invalidenrente durch den Staat auf 55 respektive 50 Jahre sowie Zahlung der Vollrente bei mehr als 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit.“

Trotzdem der Gewerkschafter sich die größte Mühe gab, durch die übliche Auslandshege und dergleichen Dinge die Annahme der Resolution zu verhindern, erfolgte diese doch mit Mehrheit.

Genossen und Leser der „Arbeiter-Zeitung“, schickt eure Bekannten aus dem Bekleidungsberufe in unseren Verband zur Stärkung der Opposition gegen die Fiskalisierung des Verbandes als Kampforganisation und die Herabwürdigung zum Unterstützungsverein. Jedes Verbandsmitglied stimme am dafür vorgesehenen Tage mit Nein.

Abstimmungstag in Waldenburg ist der 21. Oktober. Die nächste Versammlung findet am 4. November um 20 Uhr in der „Stadt Friedland“ statt.

Rote Hilfe Unterbezirk Waldenburg

Sonnabend, den 12. Oktober, 19.30 Uhr, findet in Altwasser im „Eisernen Kreuz“ eine wichtige Konferenz der Roten Hilfe Unterbezirk Waldenburg statt. An Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle Ortsleiter verpflichtet zu erscheinen. Im Vershinderungsfalle ist ein Vertreter zu entsenden. Referent des Bezirksverbandes anwesend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Freitag um 10 Uhr findet in der „Stadtbrauerei“ Waldenburg die Generalversammlung statt. Näheres siehe Inserat!

Bolkenhain

Schwerer Sturz. Der Sohn des Schneidemeisters Hentchel in Alt-Reichenau stürzte infolge Gabelbruchs mit seinem Fahrzeug.

Stillegung der Seidenweberei Landeshut

Ganze Arbeit macht die Firma Schlesische Textilwerke A. G., Landeshut, deren Generalvertreter der durch seine Scharfmachermantelien sattem bekannte Dr. S. Frahn ist. Nachdem am 1. Oktober sämtlichen Angestellten, vom Direktor bis zum jüngsten Angestellten gekündigt wurde,

erfolgte die Kündigung der Gesamtbelegschaft (zirka 200 Personen) am 7. Oktober.

Betroffen wird hiervon ein großer Teil Arbeiter, die vor Jahrzehnten aus ihrer Heimat (Deutschland) nach hier geholt wurden, jetzt trotz ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit wie alle Arbeiter vor dem Nichts stehen. Den Arbeitern und Angestellten wird dieses rigorose Vorgehen der Frahn und Genossen, die als gute „Christen“, Kirchenvorstand, Stadtverordnete und wer weiß sonst was vorstellen wollen,

rad. Er wurde bewusstlos aufgefunden und mit einer Gehirnerkältung und schweren Schädelverletzung ins Krankenhaus gebracht.

Landeshut

Wohlfahrtsamt veranlaßt Austreibung

Zu einem besonders traffen Fall gestaltete sich die Austreibung einer Arbeiterin scheidenschlosserischer Staatszugehörigkeit durch das hiesige Wohlfahrtsamt. Die Arbeiterin, die an die 17 Jahre in der Schafabrik Perreaner beschäftigt war, dann in der Spinnerei Spinner bis zur Betriebsstillegung arbeitete, ist jetzt wegen Arbeitslosigkeit und Krankheit lästig und soll ausgewiesen werden. Die Arbeiterin ist hier geboren, kennt ihre zuständige Heimatgemeinde gar nicht und hat weder Bekannte noch Verwandte dort. Dazu kommt noch, daß sie zwei unversorgte Kinder hat, von denen eines durch die Pflegeeltern adoptiert werden soll. Die Arbeiterin verliert durch die Austreibung ihre Rechte an die Invalidenversicherung sowie ihre gesetzlichen Ansprüche an den Kindesvater, der Reichsdeutscher ist. Eine besondere Härte ist, daß man sogar das Kind, das eine gute Pflegeeltern gefunden hat, mit anzuweisen will, trotzdem das Wohlfahrtsamt mit der einzigen Ausnahme der Erkrankung nicht belästigt worden ist. Dieser Fall zeigt wieder so recht deutlich, wie mit Proletariern umgesprungen wird, auch dann, wenn derartige Kletter mit Sozialdemokraten besetzt sind. Wenn dieser Fall Schule macht, werden noch viele der Proleten, die in den achtziger und neunziger Jahren von den Unternehmern und ihren Agenten nach hier gelöst wurden, weil es damals an Fachkräften mangelte, abgehoben werden. Die Arbeiter sind heute wie damals arme Luder geblieben, während die Arbeitgeber reich und mächtig geworden sind.

endlich einmal die Augen öffnen, daß zur Abwehr der wirtschaftlichen Reaktion etwas mehr gehört, als sich in Fabrikgängen, Feuerwehre u. a. zu betätigen. Der Betrieb wird später sicher wieder geöffnet werden, nachdem eine Auslese unter den Arbeitern, eine weitere verstärkte Rationalisierung, Lohnabbau und sonstige im Sinne der Ausbeuter gelegenen Verschlechterungen gesichert erscheinen. Für die Gesamtbelegschaft ist dieser Vorgang ein Signal, nun endlich aus der Defensive in die Offensive unter Führung der Komunisten Partei überzugehen. Denn es ist ein Skandal, wie heute in den Textilbetrieben in punkto Innehaltung der Tarife und der sonstigen Abmachungen gehandelt wird, wie die Metallarbeiter mit Löhnen von 10 bis 12 Mark bei voller Arbeitszeit nach Hause geschickt werden.

Niederschlesien

Görlitz

Motorradunfall. In Mays in der Nähe der Bahnhauptstadt ereignete sich ein Motorradunfall. Der künftige Franz Rouher mit bei einem Motorradfahrer direkt ins Rad. Beide stürzten dabei. Der Motorradfahrer kam mit einer starken Fleischwunde am Fußgelenk davon. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht. Der Angefahrte aber sog sich einen Bruch des Fußgelenks zu und mußte nach dem Krankenhaus transportiert werden.

Großfeuer bei Mautscha

In der zur Gemarkung Mautscha gehörenden, im Norden der Heide liegenden Kolonie Brand wütete ein gewaltiges Brandfeuer. Auf bisher noch unauflösliche Weise brach in dem hölzernen, mit Tappdach gedeckten Heuschuppen der Jagdverwaltung Brand Feuer aus, das sich auf einen zweiten Schuppen legte. Stall und Viehhof, sowie der Stall mit darüber lagernden Heuvorräten des Kutschers Mehl, zum gleichen Grundstück gehörend, wurden vernichtet. Drei Schuppen mit großen Heuvorräten, mehrere Jagdwagen, viel landwirtschaftliches Gerät und Werkzeuge wurden vollständig ein Raub der Flammen. Ausgenommen sind drei massive Scheunen mit der gesamten Heu- und Getreiderente, sowie wertvolle Maschinen.

Sagan

Dr. Markert als Geldquellen-Erfinder

Der berichteten schon letzthin über das Verhalten des Arbeitsamtsreferenten gegen den Vertrieß der „Arbeiter-Zeitung“. Im letzten Jahrgang wurde wieder Anzeige von Herrn Markert erhoben, wahrheitswidrig wegen Steuerhinterziehung. Wiederum erschien ein Polizeibeamter und forderte auf, den Zeitungsverkauf einzustellen und mit nach der Wache zu kommen. Der Dersmann begab sich sofort auf die Wache, wo ihm mitgeteilt wurde, daß Dr. Markert erneut Anzeige erhoben hat. Da der Zeitungsverkauf vollständig genehmigt sein muß, genüge die Bekämpfung vom Verlag nicht mehr, der Verleger möchte einen Antrag auf Auskellung einer polizeilichen Legitimationskarte mit Lichtbild stellen. Der Preis dafür wird ungefähr 2 bis 30 Mark betragen. Jetzt haben wir es: Die Stadt Sagan hat durch Herrn Markert wieder eine Einnahmquelle mehr. Unter den Erwerbslosen herrscht über dieses Verhalten eine sehr begeisterte Erregung und Herr Markert wird das Gegenteil von dem erreichen, was er will.

Arbeiterwehr. Am Freitag findet im „Deutschen Kaiser“ abends 8 Uhr eine wichtige Versammlung der Arbeiterwehr statt. Hierzu hat jeder Kamerad pünktlich zu erscheinen. Thema: „Die Kommunalwahlen und unsere Aufgaben.“ Jeder, der Mitglied werden will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Funktionäre treffen sich eine Stunde früher.

Aus der IAG. Die letzte Mitgliederversammlung der IAG nahm den Bericht von der Landeskonferenz entgegen. Nach reichhaltiger Diskussion stellte sich die Versammlung zum Ziele, an die Werbung von neuen Mitgliedern zu gehen. Auch wurde ein Vorschlag gebracht, eine Vertretung in die Wohlfahrtsdeputation zu entsenden. Einige Gänge erklärten ihren Beitritt zur Organisation.

Lauban

Gemeindevorsteher betrügt Sozialrentner!

Schwere Veruntreuungen ließ sich der frühere Gemeindevorsteher von Ober-Gerlachshain zuschulden kommen. Jahrelang machte er den Sozial- und Kleinrentnern unerschöpfliche Abzüge. Insgesamt hat er auf diese Weise für sich über 1100 Mark veruntreut. Zu seiner Sicherung ließ er die Betroffenen ein Schriftstück mit dem Verzicht auf die einbehaltenen Beträge unterzeichnen.

Bunzlau

Polizei macht Preischießen

Wie der Magistrat mit den aus der Arbeiterschaft herausgehörten Geldern wirtschaftet, beweist folgende Tatsache. Die hiesige Kommunalpolizei veranstaltete ein Preischießen. An und für sich nichts Besonderes. Aber das merkwürdige an diesem Vorfall ist, daß mit den Dienstreichern der Beamten geschossen wurde. Also eine verschleierte Schießübung.

Die Erbitterung der Arbeiterschaft wächst. Um sich vor etwaigen Reaktionen zu schützen, werden die Polizeibeamten heute schon an die Schießerei gewöhnt, um den Erwerbslosen in kommender Zeit kleine Wunden zwischen die Rippen zu jagen. Ferner beweist es, daß man von oben mit Kanistern regnet. Erwerbslose und Ausgesteuerte, hieraus erhebt ihr, daß für Organe, die euch niederknüppeln sollen, immer Geld vorhanden ist, aber für euch reicht es nicht. Wir erinnern nur an die Fülle Lu. und G. Kollegen, bringt euch am 17. November eure Stimmung zum Ausdruck, wählt Kommunisten!

Feuer. In Groß-Gallnisch vernichtete ein nächtliches Scheitender ein Wirtschaftsbau des Maurers Oskar Krause.

Grünberg

Heraus zur Protestversammlung!

Freitag 20 Uhr im „Goldenen Frieden“ Protestversammlung gegen den Unterdrückungsraub. Betriebsarbeiter, Erwerbslose, er-scheine zahlreich!

Hirschberg

Vahavorkteher verhaftet. Wegen erheblichen Unterschlagungen in der Verwaltung der Güterkasse wurde der Bahnhofsvorsteher Händlert von der Privatbahn Zillertal-Krummhübel verhaftet.

Rundfunk-Programm

Freitag, 11. Okt. 16: Hanna Viehn: allerlei über die Frauen Spaniens. • 16.30: Unterhaltungsmusik. Leitung: Charles Nowak. • 17.30: Kinderzeitung, Schauspielführer und der Zeitungsentwicklungs-Beitrag. • 18: B. Lohm: fünfundzwanzig Jahre Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Schlesien. • 18.15: Gläubig: Anklage. Kant: Oberbürgerliches Musikleben. Prof. Oskar Meister und Jera Wert. • 18.40: Volkstüm. Werte: Hausbriefkastensfrage. • 19.00: Naturbilder (Schallplatten). • 20: Vater und Sohn. Aufnahme in drei Akten von Gustav Esmann. Spielleitung: Dr. H. J. Engel. Vert.: Großhändler Holm; Frau Holm; Paul und Agathe; Heider Amber; Ethel; Bremer; Frau Berta Lund; Camilla; Heergaard; Woggaard; Buchhalter bei Holm. • 21.15: Konzerthausaal Breslau; Franz Baumann singt. • 21.20: Student sein, wenn die Veilchen blühen. — Grad aus dem Wirtshaus. — Spätere Wege. — W. Mademia. — Studentenleben. — Vob. — Ich war bei Heideberg Student. — Paer. — My Mothers Eyes. (Holg Deinem Mütterlein). — Wanne. — Chausita. — Florito. — Nach, Clara, loch! — Rollins. — Sing mir noch einmal das Lied jener Nacht. Flügel: Dr. Aid. • 22.35: Reichstagsjahr.

Sonnabend, 12. Okt. 16: Sächsisches. • 16.30: Ungarische Musik. Schallplatten. • 17.30: Dr. Hamburger, S. Wähliger: Die Hüme der Woche. • 18.10: Ciperanto. • 18.30: Französisch für Anfänger. • 19: Neue Länge. Fant-Tagort. Leitung: Fr. Marxale. Meliel: Güte, läß mich noch einmal fortrot. — Eilemann: Du bist mein Stern, du bist mein Mond und meine Sonne. Lango. — Grün: Duffende Margelöden. Slow-Fox. — Rosen: Weist du noch, wie ich deinen roten Mund geküßt? Lango. — Fremd: Die Musikere. Fortrot. — Dawa: Ich weiß auf Liebe. Fortrot. — Mercier: Argentinische Nacht. Lango. — Gun und Macomber: Khapsionette. Fortrot. — Salomano: Les Cerises. Langsamer Walzer. — Kalph: Menelans auf Weiden. Sinfon. Polp. über Melodien aus Offenbachs Operetten. — Fall: Leb wohl! Ich läß noch einmal deine Hände! Lango. — Kobrecht: Blauer Himmel. Fortrot. — Silber: Kauertta. Fortrot. • 20.05: Wie sag ich's unterm Mikrophon? Gebrüder über Sprecherziehung. Mim.: Wilma Mönchberg, F. W. Büsch. Dr. Engel, S. Brumar, Dr. v. Grumbow und das Hörspreizembale der Kunstschule. • 22.35: Tanzmusik des Fant-Tagortleiters.



Rompf für Zähngeluhn
in den Gefallen. Für die Dauer
Anschaffung des Rompf-Produktions
Das ist die Lösung des 1. Malts
Rompfes für Zahnärztinnen!

Gegen üblen Mundgeruch. Ich will nicht veräumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur meine weißen Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre „Chlorodont“ aufs beste empfehlen. Bez. E. G. Mainz. — Überzeugen Sie sich zuerst durch den Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mark. Chlorodont-Zahnbürsten 1,25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser 1,25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

<p>Schauspielhaus Operettenbühne Tel. 36 300 Täglich 8 Uhr Der Sensationserfolg: Die verflixte Liebe Bovus in 24 prachtvollen Bildern von Jansen-Jacobs Das Tagesgespräch Breslau 3 Fratellini 3 Die Stars zweier Welt!</p>	<p>Wandleihhaus Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21 Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuddsachen</p> <hr/> <p>ff. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Georg Loebel Breslau, Klosterstraße 85</p>
---	---

Deutsch. Metallarbeiterverband
Zahlstelle Waldenburg-Altwasser

Freitag, den 11. Oktober, 19 Uhr
findet im Saale der „Stadtbrauerei“,
Waldenburg, unsere ordentliche

General-Versammlung
statt.

Tagordnung:

1. Rassenbericht
2. Stellungnahme zur Kündigung des Mantel-tarifes im Bergbau
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes

NB. Alle Gruben-Metallarbeiter müssen wegen der wichtigen Tagesordnung zur Stelle sein. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches gestattet.

J. U.: Die Ortsverwaltung

Oberschlesien

Oleśnica

Christlicher Gewerkschaftssekretär als Lügner

Der christliche Gewerkschaftssekretär Schanzfeld geht bei dem Autobuspersonal damit herum, daß Genosse Behr für die Erhöhung der Fahrpreise in den städtischen Autobussen gestimmt hätte. Wir erklären vom Genossen Behr nachstehenden Bericht:

Die Betriebskommission wurde für den 1. August 1920 einberufen. Auf der Tagesordnung stand ein Punkt: „Erhöhung der Fahrpreise“. Obwohl der damalige Kommissionsmitglied die Einladung mit Tagesordnung rechtzeitig zuzuging, waren von 12 Mitgliedern nur 5 anwesend. Nach längerer Debatte, an der ich mich wiederholt beteiligte, wurde gegen meine Stimme die Erhöhung beschlossen. Die Vertreter der anderen Parteien, insbesondere des Zentrums, hatten während der Verhandlung nicht einmal den leisesten Versuch unternommen, gegen die Erhöhung zu sprechen. In der darauf folgenden Fraktionsprüfung habe ich als Fraktionsleiter und Kommissionsmitglied Bericht erstattet, und einstimmig wurde auf meinen Vorschlag beschlossen, für die nächste Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu stellen, die alten Fahrpreise wieder einzuführen.

Damit ist also der christliche Gewerkschaftssekretär als Lügner entlarvt. Arbeiter, jagt diese christlichen Lügner zum Teufel!

2895 Arbeitslose

Die Arbeitsmarktlage ist unverändert. Die Unterfütterungsziffer ging in dieser Berichtwoche etwas zurück. Im allgemeinen sind 2895 Arbeitssuchende (2649 männliche und 246 weibliche) beim hiesigen Arbeitsamt vorgemeldet. Die Arbeitslosenunterstützung erhalten 1143 (922 männliche und 221 weibliche) Personen. Die Krisenunterstützung erhalten 844 (325 männliche und 519 weibliche) Personen. Infolge Ablaufs der Höchstunterstützungsdauer sind 28 Arbeitslose nach dem Wohlfahrtsamt übergegangen. Von der wertschöpfenden Arbeitslosenunterstützung beschäftigt wurden 674 Personen.

Gegenüber der Vorwoche ist ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Jedoch eine Hoffnung auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage besteht nicht.

Er kommt nicht

Langsam bekommt der Gehrod Jäger, verblissen schon die polterten Orden, und er, der Jepp, ist immer noch nicht da. Ein- und einhalb des Duzens harte Fehien warten schon wieder auf das Eingehen. Die Strenge wartet, schwanger, bis sie durch Heulen die Jepp-Ankunft verkünden können. Und immer kommt er nicht. Bald ist es zu wenig, bald scheinen die Weichen nicht in Ordnung zu sein. So wird das Ereignis immer trauriger.

Nun, vermisst wird der Jepp gerade nicht. Die Arbeiter wissen, daß die Lustgondel zu nationalstischen Zwecken ihr Geld kostet. Der Jepp braucht nicht kommen.

Fundstücken in der Straßenbahn

In der Zeit vom 1. bis 30. September 1920 sind in den Wagen der Oberschlesischen Ueberlandbahn GmbH folgende Sachen gefunden worden: 6 Aktenstücken, 9 Schirme, 1 Stock, 5 Damenhandtaschen, 5 Geldbörsen mit Inhalt, 8 Paar Handschuhe, 3 einzelne Handschuhe, 1 Damenarmbanduhr, 1 Herrenhut, 8 Herrenmützen, 2 Damenlappen, 1 Damenrock, 1 Strickjase, 1 Kindermantel, 1 Damenhaube, 1 Schürze, 1 Paar Strümpfe, 1 Päckchen Handarbeiten, 5 Regattaschen, 1 Tuchtasche, 1 Korbbüchel, 1 Arbeitsheft, 1 Milchkanne, 1 Weinwandbeutel, 1 Reklamenschild, 1 Waageschale, 1 Augenglas, 1 Maurerwerkzeug, 1 Rolle Papier-Vordmüster, 1 Karbon Herren-Weinwandtragen, 1 Paar alte Schuhe, 1 Leiseheft, 1 Lieberbuch, 1 Bund Schlüssel, 1 Mantelgürt, 1 silberner Bleistifthalter, 1 Schachtel Zigaretten, 2 Kuchenbleche. Die Gegenstände können im Fundbüro Oleśnica, Niederdingstraße 6, gegen die übliche Fundgebühr in der Zeit von 8.30 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr in Empfang genommen werden.

Fahrplanänderung der Autobuslinie 6

Wegen Nichtbenutzung in den Abendstunden auf der Strecke Bahnhof—Schweizerie findet die letzte Fahrt der Linie 6 ab Schweizerie um 17.05 Uhr statt und verkehrt der Wagen alsdann wieder, wie bisher, nach Głuch-Jabrze, und zwar von Sonnabend, den 5. Oktober, ab.

Hindenburg

Begauernung der proletarischen Schulkinder

Durch die Sparmaßnahmen des Magistrats an den Armen sind besonders hart die proletarischen Schulkinder betroffen worden. Von dem Wenigen, das den Schulkindern an Schulspeisung und dergleichen gegeben wurde, ist brutal der größte Teil weggestrichen worden. Jetzt hören wir noch, daß die Proletenlinder um das Letzte begauert werden. In der Schule Jaborze erhält der Schulhausverwalter jeden Mittwoch und Sonnabend sieben Liter Milch für die Schulspeisung. Dergleichen verlangte und erhielt Jylka, so heißt der Schulhausverwalter, jeden Tag 20 Semmeln zu dem gleichen Zweck. Die Schulkinder sehen aber weder etwas von der Milch noch von den Semmeln. Sie werden darum begauert.

Noch andere Leute scheinen daran beteiligt zu sein, und zwar der Konkretor Kolanowski. Am 28. September kam Kohle in die Schule. Unter den Augen des Jylka wurden zwei Fuhren Kohle und noch ein Rest von einer vorhergehenden Lieferung für die Schule in den Keller des Konkretors Kolanowski geschafft.

Wir fragen den Magistrat, ob ihm diese Dinge bekannt sind? Wenn ja, was gebietet der Magistrat gegen diese Gaunerei zu unternehmen? Wir verlangen die Aufdeckung in aller Öffentlichkeit und die schärfste Bestrafung dieser Leute, die sich auf Kosten der proletarischen Schulkinder bereichern.

Freie Säger-Vereinigung

Die Freie Säger-Vereinigung, die schon oftmals die proletarischen Veranstaltungen durch proletarische Lieberhäre verschönt hat, beschließt, einen großen Massenchor zusammenzustellen. Dazu werden alle fähigen Genossen und Genossinnen erlucht, der Freien Säger-Vereinigung beizutreten. Die Übungsstunden finden jeden Sonntagvormittag und Mittwochabend statt.

129 401

Die Einwohnerzahl der Stadt Hindenburg hat im Laufe des Monats September wieder einen beträchtlichen Zuwachs erfahren. Am 1. September zählte die Stadt Hindenburg 129 401 Einwohner, hinzu kommen 1290 Zugzüge, denen die Zahl von 072 Fortgezogenen gegenübersteht, so daß sich daraus ein Plus von 318 Personen ergibt. Geburten wurden 234, Sterbefälle 120 gemeldet, demnach betrug die Einwohnerzahl am 1. Oktober 129 833. Die hohe Zahl der Zugzüge ist auf die starke Zuwanderung von Land- und auswärtig beschäftigten Arbeitern zurückzuführen, wie es jeweils im Herbst der Fall ist.

Beuthen

Reformistischer Betriebsrat und Verwaltung Hand in Hand

Carlsen-Zentrum-Arbeiter müssen unter Lebensgefahr arbeiten!

A. R. Nachdem die Verwaltung der Carlsen-Zentrums-Grube mit Hilfe der Reformisten, Christen und Werksgemeinschaftler die oppositionellen Betriebsräte bittarisch absetzte, greifen immer schlimmere Zustände auf der Anlage Platz. Die sozialfaschistischen Betriebsräte Slobczyk, Zimny und Waaner gehen mit den faschistischen Beamten der Verwaltung gemeinsam gegen die Arbeiter vor. Das Betriebsratsbüro ist ein Tummelplatz für die Beamten geworden. Pläne gegen die Opposition werden nur dort geschmiebt. Die Steiger gehen unter dem Schutz der sozialfaschistischen Betriebsräte die Arbeiter an Arbeitsort, wo der Tod auf die Arbeiter wartet. Drohen die Kumpels mit Beschwerden, so werden sie nach bestraft.

Im Fluß 18 bekommen die Kumpels am Pfeiler sehr wenig Holz zum Verbauen. Darum sind die Kumpels gezwungen, aus dem alten Pfeiler, der schon einzustürzen droht, Stempel zu rauben. Vor der alten Mauer steht eine Verriegelung gänzlich, so daß bei einem Einsturz auch der neue Pfeiler mitgerissen werden kann, und die Kumpels wie in einer Mausfalle begraben werden. Auf Beschwerde jagte der Steiger Muhl: „Einen Scheißdred macht ihr mir, wenn ihr auch zum Betriebsrat geht!“

Das jetzt, wie sicher sich die brutalen Werkzeuge der Verwaltung vor dem Betriebsrat fühlen. Eine Beschwerde beim Betriebsrat prallte auch ab, denn der Betriebsrat unterhielt sich lieber freundschaftlich mit dem Steiger Gohlke, anstatt auf die Beschwerde zu hören.

Als der Bauer J. ebenfalls mit einer Beschwerde ins Betriebsratsbüro kam, traf er den Betriebsrat mit dem Wettersteiger Hundel an. Beide waren in ein Gespräch vertieft. Der Wettersteiger machte dem Betriebsrat Vorschläge zur Belämpfung des oppositionellen Betriebsrates Schweda.

Kumpels der Carlsen-Zentrums-Grube, nun aber aufgeräumt! Duldet nicht länger die Einheitsfront der sozialfaschistischen Betriebsräte und der Verwaltung gegen euch! Jagt die Ausbeuter und ihre Handlanger zum Teufel!

Skandalöse Zustände auf der Hohenzollerngrube

Die Kumpels auf der Hohenzollerngrube müssen unter den übelsten Verhältnissen schuften. Wenn dann ein Kumpel mal infolge der erhöhten Ausbeutung krank wird, erhält er nicht mal einen Krankenschein. Ein schwer magenkranker 18jähriger Kumpel verlangte einen Krankenschein. Von früh 8 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr mußte der kranke Kumpel von einem Büro ins andere laufen nach einem Krankenschein. Zum Schluß wurde der Kumpel anstatt zum Arzt geschickt, entlassen.

Ein anderer Kumpel erlitt einen Arbeitsunfall. Der Steiger Skudlich verweigerte dem Verunglückten einen Krankenschein. Ueber eine Woche ist der Kumpel verunglückt und ohne jede ärztliche Behandlung. Als die Frau des Verunglückten versuchte, einen Krankenschein zu erlangen, wurde sie brutal abgewiesen.

Der Fahrsteiger Hoppe betätigt sich auf der Hohenzollerngrube besonders als Arbeiterfänger. Unter ihm arbeitet u. a. eine Kolonne, die mit dem Transportieren von Grubenholz beschäftigt ist. Bei der schweren Arbeit werden die Kumpels bei ihm als faule Pierosen usw. beschimpft.

Das ist nur eine kleine Kuste aus den Zuständen, die auf dieser Anlage herrschen. Es wird an den Kumpels liegen, baldigt mit diesen Zuständen aufzuräumen. Für die Schinderei dürfen sich die Kumpels auf keinen Fall eine solche Behandlung gefallen lassen. Die Betriebsräte könnten sich auch mal um diese Zustände kümmern, aber darauf dürfen sich die Arbeiter nicht verlassen. Selbst müssen die Arbeiter diese Zustände beseitigen.

Eine „christliche“ Mutter

Den eigenen Sohn mit Familie auf die Straße gesetzt

Ein nicht alltäglicher Vorfall christlicher Nächstenliebe geschah vorige Woche in den Mauern der Stadt Beuthen. Der Arbeiter Franz Adamek wohnte mit seiner Familie bei seiner Mutter. Die Mutter des Arbeiters ist eine sehr fromme Frau. Frömmigkeit und Habgier harmonisieren aber immer zusammen. So auch bei der alten Frau Adamek. Eine Familie bot dieser Frau 50 Mark Wbstandgeld für die Wohnung, in der ihr Sohn wohnte. Kurzerhand ließ die fromme Mutter ihren Sohn durch den Gerichtsvollzieher auf die Straße setzen.

Mit einem sechs Monate alten Kinde hat die Familie jetzt auf der Straße und des Nachts in einem Haußtur lampiert. Das Wohnungsamt stellte keine Ersatzwohnung zur Verfügung, sondern vertreibt die ausgelegte Arbeiterfamilie bis heute. Erst die Schwiegermutter des Arbeiters erbarmte sich und nahm ihn mit seiner Familie auf.

Kommentar überflüssig.

Der Pfarrer streckt die Junge raus

A. R. Infolge der Straßenperre am Stahlfeltpfeiltag verjagten einige Arbeiterfrauen, durch den Pfarrer der St. Marienkirche aus dem Gedränge zu gelangen. Am Satirikerfenster stand der gute Seelenhirt der Kirche und sah zu, wie die Arbeiter den Stahlfelmpfingern empfingen. Durch die durch den Pfarrer gehenden Frauen wurde der Pfarrer auf einmal ganz perplex. Er machte große Augen und erhielt darauf von den Frauen ein „Rot Front!“ zugerufen. Das hat den armen Mann noch mehr verbittert. Auf seine gute Erziehung und alle christlichen Grundbegriffe pflegend, streckte der „würdige“ Herr den Frauen die Zunge heraus. — Das ist wirklich eines Pfarrers würdig; Wasserjungen machen es nämlich auch so.

Sie then nach!

Rechtlich läßt wollen die Frage der Mieterhöhung in den städtischen Häusern in Disruption auch die Christen ausnützen. Der „Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter“ (1) hat dem Magistrat eine lebenslange Entschleunigung in dieser Frage zugehen lassen. Die Leute hätten sich nicht bemüht, wenn die Kommunalwahlen nicht bevorstünden. Na, es wird Ihnen nichts nützen. Die Mieter wissen, daß ihre Interessen nur von der kommunistischen Partei wahrgenommen werden und werden.

Ratibor

Die Kleinbauern für die SPD.

In den am Sonntag, dem 6. Oktober, in Rajeowiz und Dabola stattgefundenen öffentlichen Versammlungen sprach Genosse König-Ratibor über die kommenden Wahlen. Die zum überwiegenden Teil von Kleinbauern besuchten Versammlungen hörten aufmerksam den Ausführungen des Referenten zu, die in den Fragen der Steuer- und Erbschaftspolitik unter Kennzeichnung der feindlichen Haltung der Großgrundbesitzer und anderer Parteien ungeteilten Beifall fanden. Auch die Kleinbauern erkennen, daß nur die SPD ihre Interessen mit Erfolg vertreten kann.

Oppeln

Aus dem SPD-Sumpf

Eine „schwere“ Arbeit hat die SPD hinter sich. Uff, der Wahlverein hat eine Arbeit erleidet, doch was sich hinter den Kulissen abspielte, ist zu interessant, als daß wir es der Öffentlichkeit vorzuenthalten könnten. Drei Sitzungen waren notwendig, um die Wahlvereinsliste für das zukünftige Oppelner Stadtparlament aufzustellen. Die erste Sitzung fand, wie es bei der salonsfähigen SPD selbstverständlich ist, in der deutschnationalen Weinsube Duşal statt, und verlief wie das Horenberger Schlegeln. Empört ergriß Waldemar seinen Stod und verschwand. Die zweite Sitzung war schon interessanter. Hier hatten zwischen durch die „Gewerkschaftler“ Weinische und Rischke konspiriert und eine eigene „Gewerkschaftsliste“ ihrem Vorstand präsentiert, die auch nun der darauffolgenden Mitgliederversammlung präsentiert wurde. Bezeichnend ist, daß hier in dieser Mitgliederversammlung Weinische, der Herr Landarbeitersekretär, es fertig brachte, zu sagen, daß die „Sandvöll“ freigewerkschaftlicher Beamter keine Bedeutung habe, und er sich dafür einsetze, daß die der SPD angehörigen Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, einer Organisation, die bis auf die Kochen reaktionär ist, an ausschlägliche Stelle gesetzt wurden. Weinische, der Vorsitzende des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, mißkreditierte somit die ganze Gewerkschaftsbewegung. Wer gibt den Herren Weinische und Rischke das Recht, überhaupt von Seiten der Gewerkschaften Vorschläge zu machen? Welche Gewerkschaftler haben dazu ihre Zustimmung gegeben?

Und zum Schluß noch eine Frage: Wer hat den Mann der Angefallenen der Arbeiterwohlfahrt Frau Krahnstäber in der Stadtparlamentliste untergebracht, angeführt der Tatsache, daß wir in Oppeln hunderte von erwerbslosen Angefallenen haben, während Herr Krahnstäber erst vor kurzer Zeit von Hamburg nach Oppeln kam? Wir werden in Kürze noch ein wenig mehr in den Sumpf der SPD hineinflechten.

52 Verkehrsunfälle

Trotz der besseren Verkehrsdisziplin haben die Verkehrsunfälle im Monat September zugenommen. Insgesamt sind im Stadtgebiet Oppeln 52 Unfälle gemeldet worden. An den Unfällen waren beteiligt: 32 Kraftwagen, 13 Krafträder, 6 Fuhrwerke, 26 Radfahrer, 18 Fußgänger. Zwei Unfälle verliefen tödlich.

Liegt ein Mord vor?

Am Sonntagmorgen ist in der Nähe der Volkströde die Leiche des vermögenden Bädermeisters Schramm gefunden worden. Bei dem Toten werden verschiedene Sachen vermisst. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Mord vorliegt. Der Tote war erst jungverheiratet und vor seinem Verschwinden auf einem Geschäftsabend begriffen gewesen.

Kriegsbeschädigte, wo bleibt ihr?

In Rad Landed befindet sich ein staatliches Erholungsheim für Kriegsbeschädigte. Von den Versorgungsämtern sollen dort die Schwerkriegersbeschädigten einige Wochen zur Erholung untergebracht werden. Seltan hat aber einmal ein kriegsbeschädigter Prolet das Glück, dorthin zu kommen. Nach mehrmaligen Untersuchungen wird gewöhnlich keine Erholungsbedürftigkeit festgestellt. Anträge und Beschwerden werden meistens negativ beschieden. Der „Dank des Vaterlandes“ ist sehr schmal, wenn man überhaupt dieses trügerische Schlagwort gebrauchen will.

Das Erholungsheim in Landed ist aber immer besetzt. Und wer erholt sich nun dort? Ständig trifft man in diesem Heim eine größere Anzahl höherer Offiziere zur Erholung. Unter anderem ist auch der Regierungsvizepräsident Ripage mit seinem Rheumatismus ständiger Gast. Alle Jahre trifft man diesen und noch andere Herren zur Erholung auf Kosten des Staates.

Nun, ihr Kriegsbeschädigten, die ihr keinen Rheumatismus habt, weil euch die Knochen weggeschossen sind, wo bleibt ihr? Können die Herren Offiziere, die zehnmal und mehr Kente wie ihr bezieht, nicht selbst in irgendein Bad fahren? Solt ihr ehemaligen „Frontschweine“ nicht in die Erholungsheime jedes Jahr kommen? Den Offizieren bekam ja der Krieg wie eine Badefur. Ihr Kriegsbeschädigten, laßt euch für eure zerflossenen Knochen jetzt nicht noch die Badefur entziehen. Kämpft geschlossen gegen diese Behandlung. Rausz mit den Offizieren aus den Erholungsheimen, freigemacht diese Stätten für die wirklichen Opfer des Krieges.

Die Berliner Rohrleger

brauchen praktische Solidarität! Zeichnet auf die Listen der IAN!

Versammlungskalender

SPD. 28. Achtung! Donnerstag findet in Hindenburg eine Arbeitsgebietsitzung, um 19 Uhr, beim Genossen Leppt Rat. Wichtige Tagesordnung.

Ratibor. SPD. Sonntag, 13. Oktober, 10 Uhr, findet an bekannter Stelle, beim Genossen Erich, eine wichtige Generalmitglieder- versammlung statt. 22. Genesse anwesend.

Oleśnica. SPD. Sonntag, den 13. Oktober, 10 Uhr, findet im Parteibüro eine wichtige Arbeitsgebietsitzung statt. Alle Gruppen müssen durch Org.- und Pol.-Leiter vertreten sein. SPD, 22. Siegenhals. Alle SPD.-Genossen müssen Sonntag, den 13. Oktober, 10 Uhr, beim Pol.-Leiter anwesend sein. Genosse der 22. Oleśnica ist anwesend. 22. SPD.

Achtung!

Alle oppositionellen Jungkameraden des BAV. erscheinen am Sonntag um 9.30 Uhr zu der Jugendkonferenz im Hindenburg Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Bergarbeiterjugend im Verband des Bergbauindustrieverbandes.
2. Bergarbeiterjugend im Tarif und Arbeitsrecht.
3. Organisatorische Fragen.

Achtung, Jelle Sübl!

Am Donnerstag, dem 10. Oktober, findet eine außerordentlich wichtige Jellerversammlung der Stragengesellschaft Süd statt. Anfang dunkel 10 Uhr. Lokal Sukanetz, Gmulatstraße. Alle Genossen müßen bestimmt erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen. Referent der Bezirksleitung anwesend.

Görlitz

Beste Einkäufe

Gut und billig nur im



Sprechapparate / Musikplatten

Wahl-Kaufhaus

Das Deutsche

Kaufhäuser

ELECTROLA

August Holburg

Görlitzer Bürgerbräu

A. Klingenberg KG

Molkerei Weißbach

Wäschehaus Hermann Junge

Görlitzer Molkerei

BERNDT

Butter Eier Käse

J. Erhardt

Möbelhaus G. Popig

KARL ROCH

M. Lorenz

Sagan

Trinkt einheimische Biere

Eise Hoffmann

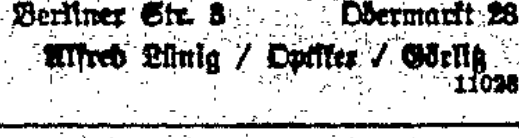
Fritz Skupin

F. Bollmann

Tranceri

Höfnermöbel

Alle Herrenaffen



Berliner Str. 5

Optiker Trabs

Schwarzberg

E. Hiller

Liegnitz

Reparatur

S. HARLAM

Sprechapparate

Max Brückner

Reparatur

Glogau

Butterhandlung

Schander

M. Klant

Anchel

W. Senja

E. Brachvogel

H. Fleisch

Emil Winkler

Edwals

M. Wedert

Lauban

Christian

G. Wegig

M. Siebermann

Sprottau

Max

Rosl

Greiffenberg

H. Köner

Referiert

Grünberg

Ernst Th. Franke

Fritz Stahn

Paul Bothe

Erwin Goldmann

Dresdner

Spezial-Bäckerei

Colonialwaren

M. ECKERT

Feinbäckerei

Reinhard

Paul Wagner

Werkzeuge

Brodt- und Feinbäckerei

Fritz Schaefer

Fleisch- und Wurstwaren

Woydts

Lebensmittel

Trinkt die

Grünberger

Bergschloß-Biere

W. Grau

Damen-Konfektion

Paul Sander

Gärten, Bettstellen

Installationen

Elektrowirtschaft

Haynau

Eintracht

Manufaktur

Schwarze

Mittelmänn

Fritz Grätz

Schmerwitz

Otto Kinzel

Spielwaren

Frank

Otto Hoffmann

Bäckerei

Reform-Nährmittel

Mattern

Lederhandlung

OTTO POCKRANDT

ständig frischer

Albert Schindler

Mittelstr.

zu billigst. Preisen

Grünberger

Lichtspieltheater

Emil

empfiehlt

Leinwand

Seidenhaus

H. Fleisch

empfiehlt